

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlerstr. 16a part.
Telephoneruf: Nr. 8892.

Insertionsgebühren pro sechsgepaarte Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **380 600** Exemplaren
erschließt diese Ztg.

Die Heimarbeit in der Metallindustrie.

I.
Der wissenschaftliche Ausschuss der Heimarbeit ausstellung in Frankfurt a. M. hat eine Schrift über die Heimarbeit herausgegeben, die deren Verhältnisse in 73 Berufsarten und Gemeinden in gedrängter Kürze zur Darstellung bringt. Die nach dem Vorbilde der von den Gewerkschaften 1906 in Berlin veranstalteten und gelungenen Heimarbeit ausstellung arrangierte Frankfurter Ausstellung hat bekanntlich von der organisierten und sachkundigen Arbeiterschaft scharfe Kritik erfahren, weil sie unwahre und tendenziöse Darstellungen gibt und so die Heimarbeit wieder einmal günstig erscheinen lässt, als sie ist. Man darf ja wohl annehmen, daß diese Einseitigkeit nicht die ursprüngliche Absicht der Urheber war, aber sie ist unter der Mitwirkung von offenbar dieses Ziel verfolgenden Unternehmern zustande gekommen.

Über die vorliegende Schrift wird in ihrem Vorwort gesagt, daß die von ihr gebotenen Darstellungen entweder Auszüge aus den bereits (im Manuskript) fertigen Monographien oder einstweilige Zusammenstellungen der wichtigsten ermittelten Tatsachen sind. Die Veröffentlichung ist also eine vorläufige und das Hauptmaterial soll erst etwas später, vorwiegend in drei Sammelbänden, herausgegeben werden. Es wird die Kritik an dem Werke erwartet, aber erklärend dazu ausgeführt, daß die Mitarbeiter oft auf so große Hindernisse bei der Ermittlung des Sachverhaltes gestoßen sind, daß manche Lücken bestehen bleiben mußten und daß Irrtümer nicht ausgeschlossen sind. „Das Zusammenarbeiten der Unternehmer und der Arbeiter in den Fachauschüssen hat sich durchaus bewährt und wertvolle Ergebnisse gezeitigt; aber es ließ sich aus Mangel an Zeit und Hilfskräften nicht immer erreichen, daß jede Tatsache, die nun auf den Etiketten oder in den Beschreibungen veröffentlicht wird, gemeinsam geprüft und festgestellt wurde und so wird sicherlich manches angefochten werden.“

Aus der Metallindustrie wird folgende Heimarbeit behandelt: Die Herstellung von Zailenstäben im Taunus, von Kettenportemonnaies, die Nadelindustrie im Taunus, die Drahtwarenindustrie im Westerwald, die Nagelschmiederei im Taunus und Odenwald, die Nagelschmiederei im Westerwald und die Edeelmetallindustrie in Hanau, also 7 Arbeiten.

Mit der Herstellung von Zailenstäben befaßt sich zwei Firmen in Niederreifenberg, für die Werkstätten- und Heimarbeiterinnen tätig sind, erstere nebenbei auch noch zu Hause, indem sie nach Feierabend Arbeit mitnehmen. Die Zahl der eigentlichen Heimarbeiterinnen beträgt 10 bis 15, der Werkstättenarbeiterinnen circa 15. Die Heimarbeiterinnen waren vorher Werkstättenarbeiterinnen oder sind Angehörige von solchen. In Einzelfällen helfen auch schulpflichtige Kinder zu Hause mitarbeiten. Die Arbeit besteht im Einstecken von mit Papier überzogenen Blechstäben in eine hohle Lige, Abschneiden und Schließen an beiden Enden. Der Verschluß geschieht entweder durch Festziehen eines kleinen Ringes mittels einer Zange oder durch Nähen (3, 4 bis 5 Stiche auf beiden Seiten). Für ein Gros gezwickte Stäbe werden 7 und 8 $\frac{1}{2}$ genähte 17 bis 23 $\frac{1}{2}$ bezahlt und dabei ein Stundenverdienst von 8 bis 12 $\frac{1}{2}$ erzielt. Die Arbeitszeit in der Werkstätte dauert von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, von zweistündigen Pausen unterbrochen, so daß der Zehnstundentag bleibt. Zu Hause wird unregelmäßig gearbeitet, 5 bis 10 Stunden. Sonntagsarbeit ist selten. Die Heimarbeit wird in der Wohnstube ausgeführt, die zugleich auch zum Schlafen dient. In den meisten Fällen besteht die Wohnung aus 2 bis 3 Zimmern. „Die Heimarbeit ist durchweg Zufußarbeiter.“ Der Tagesverdienst der Männer und Väter beläuft sich auf 2,60 bis 3 M und darüber. Dabei handelt es sich um Tagelöhner, Fabrikarbeiter und selbständige Handwerker. Die meisten Familien besitzen ein bis zwei Morgen Acker- oder Wiesenland und ein oder zwei Ziegen. Eine Organisation der Arbeiter besteht nicht. Verfasser dieser Darstellung ist Referendar Jstel in Frankfurt a. M.

Die Herstellung von Kettenportemonnaies betreibt eine Firma in Mainz, die 60 bis 80 Heimarbeiter damit beschäftigt. Es werden Metallbüchsen und Taschen aus Ringgestlecht hergestellt. Als Material kommen Eisen-, Messing- und Neusilberdrähte zur Verwendung. Die eigentlichen Heimarbeiter sind Frauen, doch helfen in jeder Familie die Kinder und oft auch der Mann, wenn er arbeitslos ist. Das Durchschnittsalter dieser Frauen ist 38 Jahre; die äußersten Grenzen sind 24 und 53 Jahre. Sie sind meistens verheiratet, doch sind auch einige Witwen und Ledige darunter. Die Kinder-

arbeit verteilt sich derart, daß alle Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren arbeiten müssen (in 6 von 10 Familien gibt es Kinder in diesem Alter), ebenso alle Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren; doch haben auch schon achtjährige und noch jüngere Kinder gearbeitet, „obwohl der Fabrikant selbst sehr gegen eine derartige Heranziehung ist“. (Der gefühlvolle Mann dürfte ja nur eine Fabrik errichten und den Arbeitern auskömmliche Löhne zahlen, so würde die ruindende Kinderarbeit mit einem Schlage beseitigt sein. D. Red.) Die Arbeit der Kinder selbst ist zum Teil nur geringe Hilfeleistung, steigt aber bis beinahe zur Hälfte der Gesamtarbeit der Familie. In drei Fällen arbeiten auch nur Kinder bzw. Jugendliche im Alter von 15 und 11, 20 und 16, 21 und 15 Jahren. Sonstige Hilfeleistung, besonders von Greisen und Halbinvaliden, kommt nicht (?) vor. Viele Heimarbeiterinnen schafften früher in der Fabrik. Die Lehrzeit beträgt drei bis sechs Tage; in vier Wochen ist die Arbeiterin vollkommen geschickt. Der Fabrikant liefert mit dem Rohstoff auch die Werkzeuge, ob diese unentgeltlich, wird nicht gesagt. Ein Zwischenmeister ist nicht vorhanden. Die Beschäftigung ist gleichmäßig das ganze Jahr hindurch, mit Ausnahme einiger Wochen im Dezember, in denen etwas weniger Material ausgegeben wird. Der Nettolohn beträgt 11 bis 15 $\frac{1}{2}$ die Stunde, im Durchschnitt 12,7 $\frac{1}{2}$. Der Durchschnitt des Bruttolohnes ist 13 $\frac{1}{2}$. Die Unkosten entstehen durch den Zeitverlust beim Abholen und Abliefern des Materials, wöchentlich 1,4 Stunde im Durchschnitt. Die Auslagen für Heizung und Beleuchtung seien gering. Die tägliche Arbeitszeit beträgt fünf Stunden, die wöchentliche 33 Stunden im Durchschnitt. Sonntagsarbeit kommt wenig vor; vor 7 Uhr morgens und nach 8 Uhr abends wird nur in einzelnen Fällen ausnahmsweise gearbeitet. Der wöchentliche Verdienst beläuft sich durchschnittlich auf 4,25 M, doch sind auch schon 1,20 und 20 M gezahlt worden. Nebenerwerb der Heimarbeiterinnen kam in 15 Fällen einmal vor (Waschen). Die Heimarbeit war in allen Fällen Nebenerwerb. Vom Fabrikanten aus ist keine Heimarbeiterin in einer Krankenkasse, doch hatten sich zwei aus eigenem Entschlusse bei der Ortskrankenkasse versichert. Organisiert ist keine Arbeiterin. Das Durchschnittseinkommen der Chemannier ist circa 1160 M im Jahre. In einigen Familien verdienen auch noch die größeren Kinder im Durchschnitt 478 M im Jahre. Die Heimarbeit wird verrichtet in 15 Fällen, sechsmal in einer Stube, neunmal in der Küche. Eine schädliche Einwirkung auf die Gesundheit wurde in keinem Falle festgestellt; nur die Augen leiden nach jahrelangem Arbeiten etwas und in ganz wenigen Fällen treten durch die sitzende Arbeitsweise kleine Verdauungsstörungen ein. Diese optimistische Darstellung ist, wenn nicht absichtlich tendenziös und beschönigend, so doch sehr unkritisch und zum Teil mit den angeführten Tatsachen selbst in Widerspruch stehend, namentlich wenn man den Schluß noch berücksichtigt: „Zu bemerken ist noch, daß es sich in zwei von den drei Fällen, in denen nur die Kinder der Familie arbeiten, um 20- bzw. 16jährige Menschen handelt, die durch Krankheit (Hüftgelenkentzündung, starke Blutarmut) zu jeder Hausarbeit und jedem anderen Geschäft untauglich waren. Nur durch die Heimarbeit war ihnen Gelegenheit geboten, etwas Geld zu verdienen.“ Waren nicht diese armen Geschöpfe die Produkte der Heimarbeit? Interessiert hätten uns Angaben über die Herkunft der Männer und der Kinder, deren Lohnverdienst angegeben ist. Verfasser ist der stud. math. et rev. nat. Wilhelm Fernau in Frankfurt a. M.

Die Nadelindustrie im Taunus findet sich in den beiden Orten Oberreifenberg und Niederreifenberg. Hergestellt werden Haarnadeln und Sicherheitsnadeln. Der ganze Arbeitsprozeß vollzieht sich in der Fabrik. Die hier vollständig fertiggestellte Ware wird den Heimarbeitern mit nach Hause gegeben und von ihnen in Röllchen von verschiedenem Gewichte verpackt. Die Arbeit wird in der Familie gemacht. Nach einer vorläufigen Feststellung beläuft sich die Zahl der Heimarbeiter dieser Branche in beiden Orten zusammen auf 21. Davon sind 4 Arbeiter und 10 Arbeiterinnen im Alter von über 14 und 7 Kinder von unter 14 Jahren. Gearbeitet wird im Wohnraum der Familie. Die Heimarbeit bildet einen Nebenerwerb der Frauen und Kinder. Eine besondere Vorbildung ist nicht erforderlich. Die Beschäftigung ist im ganzen Jahre nicht gleichmäßig, Saisonarbeit gibt es nicht. Die Zuteilung der Arbeit erfolgt nie durch Zwischenmeister. Die Arbeit wird von zweien erledigt, derart, daß der eine das zu verpackende Quantum abwiegt, der andere es einpackt. Unter dieser Voraussetzung nimmt die Verpackung von 1000 Röllchen circa 2 1/4 Stunden in Anspruch. Dafür werden 40 $\frac{1}{2}$ Lohn bezahlt. Dieser Lohn ist Nettoverdienst. Der Heimarbeiter hat keine Unkosten, da ihm vom Fabrikanten alles gestellt wird. Eine Organisation der Heimarbeiter ist wegen ihrer geringen Zahl nicht vorhanden. „Die Arbeit scheint der Gesundheit nicht schädlich zu sein. Frauen und Kinder sehen meist gesund und kräftig aus. Wo Krankheiten

vorhanden sind, sind sie höchstwahrscheinlich auf Vererbung oder schädigende Einflüsse anderer Art zurückzuführen.“ Das sollte ein sachverständiges Urteil sein, da die Arbeit von Dr. E. Lennhoff, offenbar einem Arzt, herrührt. Die „Vererbung“ drängt immerhin die Frage auf, wie alt die dortige Hausindustrie ist und ob nicht die von den Vorfahren geerbten Leiden bereits die Folgen derselben waren.

Die städtische Fortbildungsschule.

II.
Als letzter Referent auf dem Städtetag sprach Stadtschulrat Professor Dr. Michaelis (Berlin) über die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend in der Fortbildungsschule. Auszugsweise teilen wir auch aus dessen Referat folgendes mit: Dr. Michaelis wies auf die Verdienste hin, die sich Städte wie Leipzig und München bereits um die Durchführung dieser Ideen erworben hätten. Er betonte jedoch, daß, wie die Einrichtung der Fortbildungsschule, so auch die Art, wie die Staatsidee durchgeführt werde, nicht ohne weiteres von einer Stadt auf die andere übertragbar sei. (?) Bei der Vielgestaltigkeit der von den örtlichen Wirtschafts- und Erwerbsquellen abhängigen Berufsschule sei eine Fülle von Formen auch in der Anwendung dieser Idee nicht nur zulässig, sondern sogar unentbehrlich. (?) Die Frage der staatsbürgerlichen Erziehung gehöre ebenso wie die Frage des Lehrverhältnisses zu den noch hängenden Fragen des Fortbildungsschulwesens. Es besteht für die staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend ein dringendes Bedürfnis. Die Erweiterung der Volksrechte durch die Selbstverwaltung, das Wahlrecht, die Beteiligung des Volkes an der Rechtspflege, die Pressefreiheit, die Gewerbefreiheit, die freiere Gestaltung des Versammlungs- und Vereinsrechts, alles diese stillschweigend voraus, daß im Volk auch ein hinreichendes Maß von Verständnis für die Staatseinrichtungen vorhanden sei. Die Schule könne die Forderung, die Vorbildung des Nachwuchses für die öffentlichen Pflichten zu übernehmen, nicht von sich weisen. Der Standpunkt der Individualpädagogik, die sich dieser Pflicht gegenüber ablehnend verhalte, sei nicht zu billigen, vielmehr sei jeder Individualismus zu verurteilen, der sich mit dem Egoismus als nahe verwandt erweise. Für die Fortbildungsschule mache sich diese Pflicht noch gebietender geltend, als für die höheren Lehranstalten, für die Adolf Harnack bereits im Vorjahre die Forderung staatsbürgerlicher Belehrung erhoben habe. Die Fortbildungsschule sei zunächst Berufsschule, aber der Fortbildungsschüler trete durch seinen Beruf sofort in Beziehungen zum öffentlichen Leben und diese Beziehungen müsse die Schule berücksichtigen. Die Berufsschule erfülle erst ihre Pflicht, wenn sie die egoistischen Interessen der Schüler mit den sozialen Interessen der Gemeinschaft verknüpfe. Nicht minder hoch als die Belehrung der Schüler durch geeignete Lehrer sei die Erziehung der Fortbildungsschüler zum sozialen Interesse zu bewerten. Die Fortbildungsschule werde sich durch derartige Gestaltung staatsbürgerlicher Erziehung mehr und mehr aus einer bloßen Unterrichtsschule zu einer Erziehungsanstalt umbilden, was jede echte deutsche Schule sein solle. Der Staat sei nicht das höchste Ideal. Aber die Staatsidee sei etwas Hohes, etwas der Fortbildungsschule angemessenes. Die deutsche Fortbildungsschule solle nicht mit dem Scheitel die Sterne berühren; aber sie solle mit martigen Knochen auf der wohlgegründeten Erde stehen und so hoch emporragen wie eine deutsche Eiche, die ihre Zeit dauere. Die von uns mit einem Fragezeichen bedachten Stellen erscheinen etwas dunkel. Sollen diese Sätze etwa gar eine gewisse Berücksichtigung der preussischen Reaktion, Dreiklassen-Vertrag u. s. w. bezwecken? Uns erscheinen die bezüglichen Ausführungen nicht gerade überzeugend.

In die Vorträge reihte sich eine Diskussion; jedoch wurde eine Abstimmung nicht vorgenommen.

Wenn man nun die Vorträge, besonders den ersten und letzten, und die darin aufgestellten Forderungen mit dem jetzt für die gewerbliche Fortbildungsschule üblichen Unterrichtsschema vergleicht, so sieht gleich jeder, welche wichtigen Aufgaben da noch der Erledigung harren. Jetzt wird vielfach den Fortbildungsschülern im Unterricht „nationale“ Gefinnung im verussten Patriotismusstil eingeimpft. Im Gegensatz zu den Forderungen der Referenten des Städtetags suchen jetzt einflussreiche Kreise sogar eine Herabdrückung des Lehrplans der Fortbildungsschule auf das Niveau des Katechismusunterrichts zu bewirken, nach dem bekannten Motto, daß „dem Volke“ die Religion erhalten bleiben muß.

In dieses Schema fällt auch ein kleines „Kölner Berufsbüchlein“, das „im Auftrage der städtischen Schulverwaltung“ in Köln a. Rh. von einem Volksschullehrer (Jos. Poppers, Volksschullehrer in Köln; Selbstverlag des Verfassers) herausgegeben worden ist. Der Lehrer sagt: „Die Schule ist es, welche Eltern und Kindern dieses Büchlein in die Hand gibt. Sie, welche acht Jahre lang das Kind in der Schule für das Leben erzogen hat, will dem Kinde den großen Schritt ins Leben erleichtern, soweit dies ihr möglich ist.“

Aber „gelernte“ und „ungelernte“ Arbeiter sagt der Lehrer folgendes: „Ihre Tätigkeit bietet kaum eine Abwechslung und ermüdet schon durch die stete Eintönigkeit, welche eine rechte Freude an der Arbeit kaum aufkommen läßt. Wo aber keine Arbeitsfreude herrscht, da werden die Mühen und Beschwerden der Arbeit doppelt hart empfunden. So (!) kommt es, daß der ungelernete Arbeiter leicht unzufrieden wird.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Kunde von dem Zusammenbruch der Solinger Bank hallte weit über den Kreis der direkt Beteiligten hinaus. In mancher Ecke begann man zu fürchten, daß diese Katastrophe gewissermaßen ein Vorzeichen neuer heftiger Krisenbrüche der Krise bedeute. Offenkundig haben sich diese Befürchtungen als grundlos erwiesen. Der Konkurs der Solinger Bank hat zwar schwere Folgen nach sich gezogen, doch er ist keineswegs als besorgniserregendes Symptom zu betrachten. Die Wirkungen des Zusammenbruchs dieses Instituts sind in allen Einzelheiten jetzt noch nicht zu übersehen, außer den in Schwereigkeiten geratenen Firmen von zur Waisen, F. W. Mann, Hermann Rost & Co. und Varmann & Co. werden zweifellos noch eine Reihe anderer Unternehmungen dem Ruin zum Opfer fallen, selbst wenn die verschiedenen Banken einen Teil der von der Solinger Bank gewährten Kredite übernehmen. Bei der in engen Verbindung zwischen den Banken und der Industrie und dem enormen Einfluß, den das Bankkapital auf die meisten und größten industriellen Unternehmungen heute besitzt, sollte der Solinger Fall ein Mahnruf zu einer schleunigen und einschneidenden Reform der Bankgesetzgebung sein. Die Solinger Bank hat Kredite weit über ihre Kraft hinaus gewährt, sie hat diese Kredite bei dem Eintritt des schlechtesten Geschäftsganges durchhalten und noch erhöhen müssen, um ihre eigene bedenkliche Position zu verbergen. Ihre Direktoren, die vor kurzem schnell hintereinander starben, hatten schon seit Jahren Kreditverluste durch Mißbrauch der Verschleiert, wohl immer in der Erwartung, daß bei den günstigeren Geschäftsverhältnissen die bisherigen Ausfälle gedeckt werden könnten, und dann das Institut, das sein Betätigungsfeld krampfhaft erweitert hatte, unter die schillenden Fittiche einer Großbank schieben konnte. Die Krise, die die Solinger Industrie scharf in Mitleidenschaft gezogen hat, warf auch diese Berechnungen über den Haufen. Was diesem Fall aber allgemeine Bedeutung verleiht, ist die Tatsache, daß die beiden Direktoren der zusammengebrochenen Bank ihre Machenschaften dem Aufsichtsrat, dessen Mitglieder ausschließlich in Solingen wohnen und mit den dort herrschenden Verhältnissen genau vertraut sind, verbergen konnten. Wenn dies unter derartigen Umständen möglich war, um wieviel mehr kann es sich in der Geschäftsführung unserer Rieseninstitute ereignen, ohne daß die zur Kontrolle berufenen Aufsichtsborgane etwas davon wahrnehmen. Es bedarf keines Beweises mehr, daß die heutige Organisation des Aufsichtsrats keineswegs nicht darauf zugeschnitten ist, daß die teuer bezahlten Aufsichtsräte die ihrer Obhut unterstellten Unternehmen wirklich kontrollieren, es muß den Aufsichtsräten sogar gestattet werden, daß sie diese ihnen zugedachten Aufgaben gegenüber umfangreichen Betrieben gar nicht erfüllen könnten, selbst wenn sie von der besten Absicht dazu befehle wären. Ein solcher Zustand schließt allgemeine wirtschaftliche Gefahren in sich. Der Zusammenbruch einer größeren Bank müßte geradezu verheerend wirken, nicht wegen der Verluste ihrer Aktionäre, zahlreiche Erbsenzen und Unternehmungen würden durch die Verluste ihrer dem Institut anvertrauten Mittel vernichtet, ebenso schlimm wären die Folgen für jene Unternehmungen, die Kredite nahmen und ihre Betriebe im Vertrauen auf die Kraft der betreffenden Bank darauf zuschnitten. Durch die Annahme einer solchen Möglichkeit wird durchaus kein Mißtrauen gegen die Großbanken ausgesprochen. Ihre Geschäftsführer mögen die zuverlässigsten und vorsichtigsten Männer sein, doch Personen und Verhältnisse wechseln. Die gewaltigen wirtschaftlichen Interessen, die hier in Frage stehen, verlangen, daß die Verwaltung der Milliarden, die den Großbanken anvertraut sind, durch eine ausreichende Kontrolle gesichert wird. Der gangbarste Weg wäre die Staatsaufsicht nach der Art, wie sie heute schon für Hypothekenbanken besteht. Die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen diese staatliche Aufsicht der Banken schon, und trotz der ungewissen Mängel, die der amerikanischen Staatskontrolle noch anhaften, hat sich dieses System während des Verlaufs der diesmaligen Krise als außerordentlich wirksam erwiesen.

Die Erzählungen von der wirtschaftlichen Unsolidität in den Vereinigten Staaten gehören zu den scheinbar unauströhlbaren Märgen, die bei uns gern geglaubt und immer noch verbreitet werden. Gerade vom kapitalistischen Standpunkt aus sollte die Geschäftsführung der größten Unternehmungen der Vereinigten Staaten wesentlich anders bemerkt werden. Der Ausweis des amerikanischen Stahltrahfs für das zweite Quartal 1908 bringt eine zahlenmäßige Darstellung der Krise in der Eisenindustrie, die in der Union weit einschneidender gewirkt hat als in irgend einem anderen Lande. Der Überschuss nach Abzug der gewöhnlichen Betriebskosten beträgt im zweiten Quartal um 20 Mill. Dollar gegen 18 Millionen im ersten Quartal 1908 und 45 Mill. Dollar im zweiten Quartal des Vorjahres. Trotz dieses Gewinnrückgangs verteilt der Trust dieselbe Quartaldividende wie im Vorjahr, er konnte die Gewinnanreicherung in derselben Höhe beibehalten, weil aus dem verfloßenen Geschäftsjahr ein Gewinnantrag von mehr als 22 Mill. Dollar übernommen war. Die Schwärze der amerikanischen Krise läßt sich aus der Angabe über die Höhe des Auftragsbestandes bei dem Stahltrust zu Ende des zweiten Quartals 1908 im Vergleich mit den Auftragsbeständen in der gleichen Zeit der Vorjahre deutlich erkennen. So lagen Ende Juni dieses Jahres Aufträge von 3,3 Mill. Tonnen vor gegen 7,6 Mill. Tonnen Ende Juni 1907 und 7 Mill. Tonnen Ende Juni 1906. Jetzt beginnt sich der Druck, der auf dem amerikanischen Wirtschaftslieben lastet, langsam zu lösen, der Verdrängung bewegt sich wieder in etwas ruhiger Richtung. Beachtenswert ist die Äußerung des Vizepräsidenten Gary über die Konjunkturgestaltung. Er äußert, daß die Entwicklung ganz langsam vor sich gehen werde, bis das Frühjahr 1909 eine erkennbare Besserung bringen wird.

Wenn man in Deutschland in wirtschaftlich nachbedeutenden Erzählungen verstreut schon die Vorzeichen einer nachdenklichen Besserung der industriellen Situation zu erkennen geneigt ist, so darf nicht vergesen werden, daß ein sommerlicher Auftrieb keinesfalls sich sprunghaft vollziehen kann. Jedenfalls dürfte eine Übertragung des Urteils des Vizepräsidenten auf unsere deutschen Verhältnisse eher noch eine zu glühende Auffassung der Lage als eine zu unglückliche verraten. Der Bericht des deutschen Stahlwerkverbandes über das Geschäftsjahr 1907/08 macht erneut den fleißigen Versuch, den Konjunkturrückgang auf den teuren Geldstand zurückzuführen. Auch die amerikanische Krise wird nur als eine Geldkrise bezeichnet. Gegenwärtig bemerkenswerten neuen Tatsachen bringt dieser Bericht nicht, er hebt zum Schluß hervor, daß das Jahr 1908 keine banalere Besserung der Marktlage brachte, obgleich gelegentliche Aufträge dazu vermeintlich wahrgenommen wurden. Das Gesamtergebnis des Jahres der Produktion A im Geschäftsjahr 1907/08 weist gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 200.000 Tonnen auf. Der Halbjahresertrag blieb gegenüber dem Vorjahr um etwa 200.000 Tonnen zurück, der Bestand von Formeisen war um 200.000 Tonnen niedriger, doch der Gesamtbestand von Eisenbahnmateriale erhöhte sich um 200.000 Tonnen. Das Geschäftsjahr des Stahlwerkverbandes schloß bereits mit dem 31. März ab, die Abschätzung der Marktlage sowie die Preisermäßigung für Halbjahr und Formeisen hatten, wie der Bericht betont, daher noch keinen Einfluß auf das geldliche

Ergebnis des Geschäftsjahres, weil die bei Beginn des neuen Jahres etwas erhöhten Preise für Eisenbahnmateriale auf sich zu wirken. Das die Krise in dem jetzt vorliegenden Stadium des Sommerertrags für Bergbau- und Stahlindustrie kaum zum Ausdruck kommt, ist wohl auch nicht gerade bemerkenswert. Das der Sommerertrag einen besonders großen Anteil an dem Brutto vom Eisenbahnerbaumaterial hat. Der Bruttoertrag des Sommerertrags im Jahre 1907/08 betrug 6,1 Millionen Mark gegen 6 Millionen im Jahre 1906/07 und 6,5 Millionen Mark im Jahre 1906/06. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen muß dieser Abschluß als geradezu glänzend bezeichnet werden. Die diesjährige Dividende mit 15 Prozent bleibt hinter der vorjährigen von 16 2/3 Prozent zwar zurück, doch es kommt in Betracht, daß die Abschreibungen 1,33 Millionen Mark betragen gegen 1,20 Millionen Mark im Vorjahr, daß ferner 880.000 M. als Umlauf einer zu Beginn dieses Jahres aufgenommenen Anleihe im Betrag von 10 Millionen Mark in Umlauf gebracht werden. Erwähnung mag hierbei finden, daß in den beiden Jahren 1906/06 und 1907/07 nicht weniger als 10 1/2 Millionen Mark aus den laufenden Mitteln für Betriebsverlängerungen aufgewendet wurden, ähnliche Maßnahmen dürften in dem entsprechenden Umfang auch in dem letzten Jahre erfolgt sein.

Den ersten Abschluß unter den Eisenwerken, die ihr Geschäftsjahr am 30. Juni beendeten, veröffentlichten die Vereinigten Stahlwerke von der Thyssen & Winkler. Der Gewinnrückgang bei diesen Unternehmen ist geringer als man in Fachkreisen vielfach erwartet hatte. Der Nettogewinn betrug nach Abzug der Umlauf- und Steuern 2,880 gegen 3,46 Millionen Mark im Vorjahr. Die Abschreibungen und Rücklagen betragen wie im Vorjahr 0,908 Millionen Mark, der Reingewinn wird mit 1,821 gegen 2,804 Millionen Mark im Vorjahr ausgewiesen. Die Dividende beträgt 12 Prozent gegen 16 Prozent im Vorjahr, bemerkenswert ist es, daß der Gewinnvortrag auf das nächste Jahr mit 1,048 Millionen Mark gegen nur 0,00 Millionen Mark im Vorjahr vorgenommen wird. Die Verwaltung bemerkt, daß sie durch diesen starken Gewinnvortrag einen Ausgleich für Zeiten geminderter Ertragskräfte geschaffen hat, über die Ausichten des neuen Geschäftsjahres lasse sich kein auch nur annähernd richtiges Urteil jetzt treffen.

Aus Anlaß der Ausgabe von 15 Millionen Mark 4 1/2prozentiger Obligationen gibt die Verwaltung der Mühlingschen Eisen- und Stahlwerke, G. m. b. H., in Müllingen a. Saar an, daß der Betriebsüberschuss im letzten Jahre 4,771 Millionen Mark betrug, von denen zu ordentlichen Abschreibungen nicht weniger als 2,411 Millionen Mark zu außerordentlichen 1,098 Millionen Mark, zur Erhöhung der Rücklagen 474,516 M. und zur Überweisung an den Reservefonds 99,478 M. verwendet wurden. Übrigblieb noch eine Dividende von 5 Prozent verteilt werden. Von den bisher gemachten Gesamtaufwendungen für die Anlagen von 59,576 Millionen Mark sind Gesamtabschreibungen von 39,717 Millionen Mark gemacht worden, so daß die gesamten Anlagen mit 19,860 Millionen Mark zu Buche standen. Das Osabrücker Kupfer- und Drahtwerk wird für 1907/08 eine Dividende von 4 Prozent gegen 7 Prozent im Vorjahr verteilen. Nach Abschreibungen von 54,175 M. (im Vorjahr 67,453 M.) ergibt sich ein Reingewinn von 67,849 M. gegen 129,275 M. im Vorjahr. Einen besonders günstigen Abschluß sollen die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke vormals Mühlstein & Co. für 1907/08 demnächst veröffentlichen können. In Kreisen der Verwaltung wird die Dividende bei erhöhten Abschreibungen auf 6 bis 7 Prozent geschätzt. Im Vorjahr gelangte keine Dividende zur Verteilung, der Reingewinn von 240,927 M. wurde zur inneren Kräftigung verwendet. Die Stegen-Solinger Gußstahl- und Eisenwerke, die im Vorjahr bei einem Reingewinn von 129,000 M. 8 1/2 Prozent Dividende verteilte, wird, wie sie jetzt mitteilt, in Anbetracht der durch den Zusammenbruch der Solinger Bank geschaffenen allgemeinen Geschäftslage in Solingen voraussichtlich den diesjährigen Reingewinn, der die Ausschüttung von einigen Prozent Dividende mit entsprechenden Abschreibungen ermöglicht, nicht zur Verteilung bringen, sondern auf neue Rechnung vortragen.

Außerordentlich günstige Ergebnisse erzielten eine Reihe von Maschinenfabriken im verfloßenen Jahre, die in unserer Berichtsperiode ihre Abschlüsse veröffentlichten. Bei der Essaischen Maschinenfabrikgesellschaft in Müllhausen-Grafenhausen-Welsch, deren Aktienkapital von 14,4 Millionen Mark sich fast ausschließlich in französischen Händen befindet, betrug der Bruttogewinn 3,5 Millionen Mark gegen 2,56 Millionen Mark im Vorjahr. Nach Abschreibungen von 2,14 Millionen Mark gegen 1,37 Millionen im Vorjahr wird wieder eine Dividende von 8 Prozent verteilt. Die Maschinenindustrie Ernst Halbach, Aktiengesellschaft in Düsseldorf, erzielte im Geschäftsjahr 1907/08 einen Überschuss von 279,275 M. bei 1 1/2 Millionen Mark Aktienkapital gegen 185,688 M. auf 750.000 M. eingezahltes Kapital im Vorjahr. Die Dividende wird wieder in Höhe von 8 Prozent vorgeschlagen werden. Die Dinglerische Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft in Zweibrücken, weist nach Abschreibungen von 324,214 M. (im Vorjahr 172,288 M.) einen Reingewinn von 312,970 M. gegen 221,600 M. im Vorjahr auf. Die Dividende kommt mit 8 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahr zur Verteilung. Die Ausschüttung werden von der Verwaltung dieses Unternehmens als nicht schlecht bezeichnet, die Aufträge im neuen Geschäftsjahr belaufen sich auf 2,865 Millionen Mark. Der Bericht bemerkt, daß die Gesellschaft allerdings durch die geschäftliche Depression gezwungen wird, den Arbeitsbedarf noch mehr als bisher durch Heranziehen von Auftragsarbeiten zu decken. Die Schererleberer Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals B. Schmidt & Co., die zum Konzern der Aktiengesellschaft Ludwig Löwe & Co. gehört, erzielte nach Abschreibungen von 138,646 M. (im Vorjahr 142,774 M.) einen Reingewinn von 226,687 M. gegen 228,819 M. im Vorjahr. Die Abschätzung der Konjunktur hat sich nach Angabe der Verwaltung dadurch fühlbar gemacht, daß gegen Ende 1907 die Summe des Auftragsbestandes hinter der der ausgegangenen Rechnungen zurückblieb, was auf das kommende Jahr nachteiligen Einfluß haben werde. In der gleichen Lage dürften sich wohl auch eine Reihe anderer Gesellschaften befinden, deren Abschüsse für 1907/08 von Verschlechterung der Wirtschaftslage noch nicht beeinträchtigt wurden.

Arbeiterversicherung.

(Berichtigung)

In dem unter dieser Rubrik in der vorigen Nummer (Seite 252) erschienenen Artikel über: Das Erlöschen und das Wiederaufleben der Anwartschaft bei der Invalidenversicherung ist ein Fehler enthalten. Am Anfang des sechsten Absatzes muß es heißen: Wenn eine Quittingstarke am 16. Dezember 1904 ausgefertigt wurde, so hat diese Gültigkeit bis zum 16. Dezember 1906 . . .

Nicht das ist unser letzter und höchster Zweck, Geschäfte zu machen, sondern den wirtschaftlichen Druck zu beseitigen und das Leben lebenswert zu gestalten. Genossenschaftlich denken, heißt un-
eigenmächtig denken.

Dagegen: Jeder Mensch hat seine besonderen, ihm eigentümlichen Anlagen und Fähigkeiten, d. h. leichte Auffassungsgabe, gutes Gedächtnis, scharfen Verstand, Sinn für Schönheit der Farbe oder Form u. s. w. All diese verschiedenen Anlagen kann der gewerkte Arbeiter in seinem Berufsstand (I) und verworren (II) er kann sie seinen Talenten zuwenden. Dem „ungelernten“ Arbeiter fehlt hierzu die Gelegenheit. Auf diese Sache Manier wird wohl kaum dem Rinde zweckmäßig, der große Schritt ins Leben erleichtert. Dann gibt das „Römer Berufslehre“, nach Mitteilungen Köhler Handwerksmeister, wie der Lehrling aussieht, also jedenfalls einseitig nur auf die interessanten Aufgaben der Turnübungen hin, ohne etwa die Gesellenauschüsse oder die Arbeiterorganisationen als vergleichende Quellen mit heranzuziehen, eine kurze Übersicht über die verschiedenen Gewerbe nach folgendem, willkürlich herausgegriffenen Beispiel:

Der Beruf ist geeignet für mittelkräftige und auch für noch weniger kräftige Personen. Wohnung ist jedoch ein gutes Gehvermögen und die Waise der ersten, mindestens der zweiten Volksschulklasse. Besonders erwünscht ist Gewandtheit im Rechnen und Rechnen. Die Arbeit dauert vier, bei guter Auffassungsgabe auch dreieinhalb Jahre. Lehrverträge vermittelt die Handwerkskammer. Eine Umschulung während der Lehrzeit ist nicht üblich; meistens ist ein Lehrling zu zahlen. Der Besuch der Fortbildungsschule ist notwendig; an den gewerblichen Fortbildungsschulen der Stadt Köln besteht eine Rechenklasse für Uhrmacher. Der Wochenlohn eines Gehilfen beträgt je nach Alter und Leistung bei voller Station 8 bis 16 M. Ohne freie Station erhalten die Gehilfen einen Monatslohn von 80 bis 120 M. Zur Selbständigmachung ist ein größeres Kapital erforderlich, mindestens 2000 M. Durch allzukühne Selbständigmachung von jungen Leuten ohne genügende praktische Erfahrung und ein hierdurch bedingtes Überhandnehmens Puschertum erscheinen die Preise im Uhrmachergewerbe, namentlich bezüglich der Reparaturen, sehr gedrückt. Eine Folge dieser letzten Tatsache ist die starke Gewerbestagnation im Uhrmacherberufe. Viele Gehilfen suchen und finden lohnende Beschäftigung in mechanischen und elektrotechnischen Betrieben. Der Zugang an Lehrlingen ist sehr gering.

Also wieder diese fache Manier, über wichtige Dinge oberflächlich abzusprechen. Am Schlusse des „Berufsbüchleins“ finden wir dann noch folgende „Zehn Gebote für den angehenden Handwerkslehrling“:

1. Liebe und ehre in deinem Meister deinen Lehrherrn, der dir zu einer geachteten Stellung im Leben verhelfen will.
2. Laß dich nie und von keinem gegen deinen Meister aufheben.
3. Was in der Werkstatt deines Meisters vorgeht, plaudere nur dann aus, wenn dein Meister es dir gebietet.
4. Zeige nie das törichte Bestreben, klüger sein zu wollen als dein Meister ist.
5. Arbeite mit Verstand; denn du bist ein Mensch, keine Maschine.
6. Arbeite nie, weil du müde, sondern stets, weil du willst.
7. Veräume nie ohne zwingenden Grund den Besuch der Fortbildungsschule.
8. Lies in deinen Pausen namentlich jene Bücher, die dir für deinen Beruf nützliche Kenntnisse vermitteln.
9. Zeige, wo du auch hinkommst, daß du ein Mann werden willst, das heißt nimm kein Wort vor den Mund, wenn man deine Religion, deine Liebe zu deinen Eltern, deine Achtung gegenüber deinem Meister, deine Waterlandsliebe oder gar deine Sittenreinheit zu verspotten magt.
10. Halte dir stets vor Augen das Ziel, später ein selbständiger Meister zu werden. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Wenn man derart die Schule in den Dienst der Klassenstaatlichen Herrschafts- und Ausbeutungsbefreiungen stellt, dann kann dabei gewiß nichts gutes für eine wirklich sachgemäße Fortbildung der Schüler herauskommen. Um so weniger, als auch den jungen angehenden Lohnarbeitern die Unwahrscheinlichkeit solcher „Zehn Gebote“ tagtäglich genügend deutlich demonstriert wird. Es ist nötig, daß die Gewerkschaften solchen „Unterrichtsmethoden“ fortwährend ihre Interessen zuwenden.

Wie übrigens ein großer Teil der Handwerksmeister über den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht denkt, ganz zu schweigen von der weiteren Ausgestaltung im Sinne der Münchener Referate, das geht aus einer Nummer der Fortbildungsschul-Korrespondenz hervor, die (zitiert in der Deutschen Arbeiter-Zeitung, Nr. 19 vom 10. Mai 1908) eine Klagenliste von Handwerksmeisternsprüchen über die Fortbildungsschule bringt. Wir geben folgende Proben:

„Ich halte Lehrverhältnisse nicht nur für überflüssig sondern auch für gefährlich. Soweit ich die Verhältnisse des Handwerks überblicken kann, sind Lehrverhältnisse nicht geeignet, unserem Handwerksstande förderlich zu sein. — Wir würden es lieber sehen, wenn die Lehrlinge nach Beendigung der Arbeitszeit anstatt während dieser zur Schule gehen müßten. — In der Fortbildungsschule lernen die Jungen allerlei Schlingensiefeln; was der eine nicht weiß, das weiß der andere, was mit der Fortbildungsschule! — Wozu Fortbildungsschulen? Wir haben es ohne Fortbildungsschulen ja etwas gebüßt; mögen unsere Lehrlinge auch sehen, wo sie bleiben. — Wir Meister müssen dagegen protestieren, daß uns die Lehrlinge durch die Fortbildungsschulen aus der Arbeit gerissen werden; die Schule kommt uns nicht für den Schaden aus.“

Wie man sieht, hängt den „Jungensweibern“ der Hoff noch immer hinten. Der Kolner Lehrer läßt gut, zehn Gebote für tüchtigen Handwerksmeister zu schreiben.

Die gewerbliche Fortbildungsschule hat keinen mächtigeren Feind als die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, wie diese dem Schulwesen überhaupt der beste Feind ist. Nur mühsam läßt sich der Klassenstaat zu einer Besserung der Verhältnisse der Fortbildungsschule drängen. Ein Glück nur, daß die industriell-technische Entwicklung einen bestimmten Höhepunkt des Schulwesens bedingt. Aber immer wird gekämpft. Bei der Volksschule und gleichzeitige bei der Fortbildungsschule. So hatten eine Anzahl Städte, in der Absicht, die Fortbildung aller gewerblichen Arbeiter, besonders auch der Fabrikarbeiter, einheitlich zu regeln, in ihren Dispositionen bestimmt, daß alle Gewerbetreibenden, also auch Fabrikbesitzer, zu den Kosten der Schulunterhaltung nach dem Verhältnis der Zahl der beschäftigten Arbeiter beizutragen hätten. Diese Erweiterung des Schulertrags war gewiß ein Fortschritt. Die Gewerbetreibenden, die immer mit ihrem Wohlstande großan, suchten aber die Bestimmung zur Zahlungsvorgabe an und das Überlandgesetz hätte hier nicht an der Höhe der Zahl der Fabrikbesitzer verweilt. Es kam der Landes- und Reichsminister die Entwicklung sowohl der Volksschule als auch der gewerblichen Fortbildungsschule. Die in Betracht kommende städtische Fortbildungsschule gehe über die Handwerksfortbildungsschule weit hinaus, indem sie auch Fabrikarbeiter und Handlungsgelöhnen weiterlebe. Die Leistungsprüfung vermag sich jedoch auf eine gezielte Bestimmung überhaupt nicht zu fügen. Die Schuld wurde zur Rückzahlung der schon eingezahlten Schulgelder an die Fabrikbesitzer verurteilt. Entsprachen werden auch die Statuten rückwärts revidiert. So kam der Landes- und Reichsminister die Entwicklung sowohl der Volksschule als auch der gewerblichen Fortbildungsschule.

Die verlorene, soll schon im Herbst ein Gesetzentwurf dem deutschen Landtag vorgelegt werden, der das Fortbildungsschulwesen in Preußen einheitlich regeln soll. Jedenfalls werden dann die ungeschulten sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten die „richtige“ Richtung für genau am Herz und Nerven zu prüfen und das Interesse der vielen jungen Arbeiter für die gewerbliche Arbeiterbewegung an einer guten Fortbildungsschule anzufachen zu werden haben.

Christlicher Wirrwarr.

Da im Jahre 1909 gab es die christlichen Gewerkschaften auf ihrem ersten Kongress in Mainz ihr Programm, dessen wesentliche Bestimmungen darin bestanden, daß sie „politisch neutral“ sein, daß sie keine politische Partei anerkennen oder unterstützen wollten, daß sie weiter nur sich auf christlicher Grundlage aufbauen, aber auf kein bestimmtes Glaubensbekenntnis verpflichtet, also interkonfessionell sein wollten. Nach dem Mainzer Kongress erschien dann von W. Glabbach aus eine Schrift, in der die Grundsätze und Forderungen der christlichen Gewerkschaften ausführlicher dargelegt und erläutert wurden, ohne daß es allerdings gelang, Licht zu schaffen über die Art, wie denn das „Christliche“ und seine „interkonfessionelle“ Besonderheit in der Gewerkschaftsbewegung eigentlich zu verstehen sei. In der W. Glabbacher Schrift war weiter in unklaren Wendungen die Rede von allgemeinen „neutralen“ Gewerkschaften, die alle Arbeiter zu umfassen und denen auch die christlichen Organisationen zuzustreben hätten. Die christliche Gewerkschaftsbewegung rüffand mit so viel Unklarheiten, Widersprüchen und Unmöglichkeit in ihrem Programm, daß die Auseinandersetzungen und Streitigkeiten vom ersten Tage, da sie ins Leben trat, von selber gegeben waren. Die nächsten Kongresse waren mit den Verhandlungen über diese grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten aufgefüllt; die Unklarheiten sind nicht aufgehört, die Widersprüche nicht beseitigt worden, man hat sich mit nichtsagenden Redensarten und gebundenen Resolutionsen vor der Notwendigkeit, Farbe zu bekennen, vorbegehrückt und praktisch die Frage dadurch „gelöst“, daß man schließlich, aber nicht friedlich in zwei Richtungen auseinander ging: die interkonfessionellen, von W. Glabbach geleiteten christlichen Gewerkschaften haben, die katholischen, mit den Arbeitervereinen Berliner Richtung verbundenen Fachabteilungen drüben.

Ist der Satz, den auch die christlichen Gewerkschaften schon durch ihren Namen anerkennen, daß nämlich die Religion auch im wirtschaftlichen Leben mitbestimmend wirken soll, richtig, dann sind ohne Zweifel die katholischen Fachabteiler im Recht. Ein interkonfessionelles Christentum gibt es nicht, weder der Lehre noch der Praxis nach; die Religion stellt sich uns immer als Konfession dar, sie kann sich nur konfessionell äußern und deshalb sind auch interkonfessionelle Gewerkschaften ein Un Ding; sie stellen höchstens einen faulen Kompromiß dar, den man geschlossen hat aus Zweckmäßigkeitsgründen, um Auseinandersetzungen und Händel zu vermeiden, die sich aus dem offenkundigen Welterkenntnis nach Ultramontanismus ergeben könnten, aus dem Wege zu gehen. Nichts ist für einen Katholiken ungewisser, als daß er seine Anweisungen in Glaubens- und Sittensachen nur von der Kirche, ihren Bischöfen und ihrem Oberhaupt, dem Papst, zu empfangen hat. Besteht man der Religion eine Mitwirkung auch in wirtschaftlichen Dingen zu, dann ist es klar, daß ein katholischer Arbeiter sich in dieser Beziehung den Weisungen der Bischöfe und des Papstes zu unterwerfen hat, und die katholischen Fachabteiler sind abermals im Rechte, wenn sie sich für ihre Organisationsbestrebungen auf den Papst berufen und den Satz der sogenannten Arbeiterzeitschrift Leo's XIII., daß die Religion die ganze Organisation der Arbeiter durchdringen müsse, in dem Sinne auffassen, daß jede Arbeiterorganisation in engster Anlehnung an die Kirche und daher streng konfessionell sein müsse. Wohlverstanden, sie sind im Recht immer nur unter Zugrundelegung des nach unserer Anschauung falschen, von den christlichen Gewerkschaften aber anerkannten Satzes: daß die Religion auch als Grundlage wirtschaftlichen Strebens zu betrachten ist.

Die Leser wissen, in welcher heftigen Erscheinung sich der Meinungskampf im christlichen Lager über den rechten Geist des Christentums offenbart hat. Die greulichsten Schimpfwörter, die ehrenrührigsten Beleidigungen, die rohesten Gewalttaten sind zwischen ihnen und drüben gewechselt worden. Die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland ist vier bis fünf Jahrzehnte alt; es hat in ihr, auf politischer wie gewerkschaftlicher Seite, an Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen nicht gefehlt — aber wir würden uns schämen, wenn in dieser langen Zeit auch nur der zehnte Teil an Gefährlichkeit und Niederträchtigkeit vorgekommen wäre, wie es in dem zehnjährigen Vorkampfe auf christlicher Seite vorgekommen ist. An zwei Orten tobt dieser Kampf mit besonderer Heftigkeit: im Osten in der Erzdiözese Breslau und im Westen in der Diözese Trier, im schlesischen und im sächsischen Industriegebiet, an der Oder und an der Saar. Im Gebiet des Bischofs Korum hat jüngst eine Rede des Dechanten Hanen, eines Vorkämpfers der katholischen Fachabteilungen, den alten Streit wieder neuen Stoff zugeführt. Der geistliche Herr behauptete, daß „den Streit, der das Saargebiet, der die Arbeiter, ja, die ganze Bevölkerung gleichsam zerrissen hat, die christlichen Gewerkschaften in das Volk, in die Masse hineingetragen haben“. Weiter erhob er den Vorwurf, die Christlichen wollten überhaupt keinen Frieden mit den Berliner Fachabteilungsleuten, auch soll er gesagt haben, der „Papst könne nur eine katholische Organisation wollen; unmöglich sei es, daß der Papst eine andere Organisation wollen könne!“

Die christlichen Saarbergleute haben darauf eine Protestversammlung abgehalten, worin auch die Frage erörtert wurde, ob eine Verschmelzung der Fachabteilungen und der christlichen Gewerkschaften möglich sei, was aber einhellig verneint wurde. Ein Gewerkschaftssekretär erklärte bestimmt, daß eine Verständigung unmöglich sei; er könnten sich die Christlichen noch mit den Sozialdemokraten verständigen als mit den Verlinern, weil letztere den Zustand verwerfen. Die christlichen Gewerkschaften müßten der Kampf mit den Verlinern so lange weiterführen, bis die eine oder andere Richtung den Sieg davongetragen habe. Ein zweiter Gewerkschaftssekretär bezeichnete die Berliner „Fachabteiler“ als einen der christlichen Gewerkschaft nicht gleichwertigen Verband. Schließlich faßte die Versammlung einen Beschluß, worin gegen die Angriffe des Dechanten Hanen auf die christlichen Gewerkschaften protestiert und weiter erklärt wurde, daß die Versammlung auf dem Standpunkt stehe, eine wirtschaftliche Organisation müsse auf interkonfessioneller Grundlage aufgebaut sein, und daß sie alles bekämpfe, was zu konfessionellen Fachorganisationen führen könnte.

Der Dechant Hanen hatte in seiner Rede gesagt: „Die Christlichen haben es in der Hand, jederzeit uns zum Frieden zu zwingen, sie brauchen sich nur zu wenden an die über uns allen stehende Autorität, an den Bischof, an den Papst!“ Hierauf hatten die Gewerkschaftsführer erklärt: „In wirtschaftlichen Fragen sind uns die beiden Genannten keine Autorität, da sind wir uns selbst Autorität. Wir appellieren nicht an die Genannten, sondern an den gesunden Menschenverstand. Für uns steht die Religion zu hoch, als daß wir sie mit wirtschaftlichen Fragen verknüpfen!“ Gegen diese Auffassung wendet sich nun wieder das Saarbrücker Zentralblatt, indem es entrichtet schreibt: „Gerade umgekehrt ist es! Für Katholiken sind Papst und Bischof auch in wirtschaftlichen Fragen Autorität. Und endlich sind auch wirtschaftliche Fragen nicht ohne jede Verbindung mit der Religion zu lösen. Die Religion muß wie alles andere, so auch die wirtschaftlichen Fragen durchleuchten.“

Wundern muß man sich zunächst über die Auslassung der christlichen Gewerkschaftsführer, daß ihnen die Religion zu hoch stehe, um sie mit wirtschaftlichen Fragen zu verknüpfen. Da möchte man aber doch gerne wissen, weshalb sie ihre Organisationen als „christliche“ Gewerkschaften bezeichnen und weshalb sie auf ihren Tagungen und in ihren Zeitungen sich in einseitiger Weise der Berufenerklärung der „christlichen“ Weltanschauung aufspielen. Im übrigen gewährt der ganze lange widerwärtige Streit ein geradezu beschämendes Bild von der Rückständigkeit eines Teiles der deutschen Arbeiterchaft, die darin beruht, daß sie, anstatt sich auf die eigene Kraft zu verlassen, sich Mächten unterordnet, die außerhalb ihrer Klasse stehen, die die Rückständigkeit der gläubigen Masse im eigenen Interesse ausnützen. Die christlichen Gewerkschaften blicken nach W. Glabbach, wo die Belehren des Volkswereins liegen, die zugleich Agenten des Zentrums sind, die katholischen Fachabteiler blicken nach Rom, sie legen mehr Wert darauf, dem Papst und den Bischöfen, als den Leitern des Zentrums zu gefallen. Im Grunde sind sie eines Geistes: sie dienen beide mit gleicher Inbrunst der ultramontanen Weltanschauung und streiten sich nur über die Mittel und Wege, wie sie das am wirksamsten zu tun vermögen.

Die Verhandlungen des Vorkampfes zeigen, daß man in Rom den konfessionellen Organisationsgeist nicht, und was das Hauptverhältnis betrifft, haben die deutschen Bischöfe auf demselben Standpunkt, wenn ein Teil von ihnen auch in der Frage des christlichen Gewerkschaften freie Bahn läßt, um es nicht mit dem Zentrum zu verderben, das in gewissen Gegenden sich der christlichen Gewerkschaften aus politischen Gründen angenommen hat. Immerhin bleibt die traurige Tatsache bestehen, daß am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts deutsche Arbeiter in der Frage, wie sie ihre Klasseninteressen zu vertreten haben, angewiesen sind auf das Fehlen der Bischöfe, also welt- und volkreisender Personen, und in letzter Linie auf das Fehlen des Papstes, also eines Mannes, der Deutschland nie gesehen und nie mit einem deutschen Arbeiter ein Wort in dessen Muttersprache geredet hat.

Eine Bewegung von solcher Unklarheit und Abhängigkeit kann keine Zukunft haben. Diese gehört der Gewerkschaftsbewegung, die sich unabhängig von allen außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Personen, Parteien und Mächten, die niemand beim Eintritt nach Glauben und Willkür fragt — wenn sie auch keinen Zweifel darüber läßt, daß sie in Arbeiterkreisen ihren Platz an der Seite der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, sucht und ihre Bestrebungen mit dem Endziel der Befreiung der Arbeiterklasse im Sinne des Sozialismus aufstellt.

Zur Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten.

Von Chagrin.

IV.

Das Tun und Denken der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung wird bestimmt von einer angenommenen Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Sie kennt nicht jenes Klassenbewußtsein, das dem kämpfenden Proletariat Europas Stolz und Energie gibt und dessen endlichen Sieg verbürgt. Die Wirkungsfähigkeit jeder Gewerkschaft ist begrenzt. An einem Punkte angelangt, muß ihre Stagnation beginnen, wenn sie nicht vom sozialistischen Gedanken getragen wird. Ohne diesen kann sie im besten Falle den besten Teil der Arbeiter in ihren Reihen konzentrieren und deren Lebenshaltung verbessern, ohne nur einen Schritt weiter zu sein. Und dies ist nur im günstigsten Fall möglich. Gewöhnlich aber werden ihr die mit schweren Opfern erlangenen Vorteile durch eine Krise wieder abgenommen. Den wirtschaftlichen Kalamitäten stehen die nicht sozialistischen Gewerkschaften vollständig machtlos gegenüber. Vor einigen Wochen wurde der republikanische Präsidentschaftskandidat La Follette gefragt, welchen Rat er einem durch die Krise arbeitslos gemachten Arbeiter geben könne. Er antwortete: „Gott weiß es, er hat meine Sympathie!“ Einen anderen Rat weiß auch unser landläufiger Unionismus nicht. Er steht auf dem Boden der heutigen Gesellschaft, ja ist bis in die Waden kapitalistisch durchdrungen. Im besten Falle kann er dem Arbeiter eine Bettelnappe verschaffen, aber er weiß kein Mittel, wie einmal diese Krisen, diese Hungerkuren für Millionen Proletariat radikal beseitigt werden können. Dann müssen unsere Unionen die revolutionäre Energie, die die wirtschaftliche Depression für eine sozialistische Bewegung bringt, unbenuzt vorbeistehen lassen. Und selbst wenn sie ihr Ziel ganz erreichen, starke Mitgliederzahlen und volle Kassen haben, sind und bleiben ihre Angehörigen in demselben Unterdrückungsverhältnis, sind noch immer Lohnsklaven wie vorher. Denn die Interessengemeinschaft steht in dem alltäglichen Kleinkrieg zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern nicht Vorgesetzte des großen Befreiungskampfes des Proletariats, sondern temporäre Zwistigkeiten, die man soviel wie nur immer möglich durch „freundliche Vereinbarungen“ erlösen muß. Sie heißt nicht männlich fordern, sondern freundlich bitten oder klagen. Sie heißt nicht dem Unionsführer als unveröhnlichen Vertreter der Interessen seiner Klasse dem Unternehmertum gegenüberzutreten, sondern er unterhandelt mit diesem als Mitbürger der „großen Nation“, als einer, der ihm wohlwilt, der ein verständnisvolles Ohr für die Sorgen und Klagen der armen Fabrikanten mitbringt. Ihm gilt es nur, ein „amicable Settlement“ zu finden, bei dem beide leben und satt werden können, ganz gleich auf wessen Kosten.

Schließlich haben die Kapitalisten ja auch kein steinernes Herz. Es öffnet sich gerne ergebenen Bitten und demütigen Klagen. Manchmal wird diesen auch willfahren. So günstig nun ein bittender Proletarier vom Unternehmertum empfangen wird, so mühsam wird ein fordernder verachtet. Auf so einen entladet sich die ganze Schale kapitalistischen Zornes. Er wird gehetzt, verfolgt. Jedes Verbrechen ist recht, um ihn zu unterdrücken. Er ist der „unerwünschte Bürger“, der „waterlandstose Geselle“, der mit eiserner Faust zerschmettert oder „niedergeworfen“ werden muß.

Für diese Wahrheit ein schlagendes Beispiel: Für die Führer der (harmoniebuseligen) American Federation of Labor gibt es freundliche Einladungen, volle Tafeln, hohes Lob, Civic Federation und Pfanden; für die Beamten der Western Federation of miners (weil sie Sozialisten sind und fordern) gibt es Prozesse, Pinkerton-Frotzeln, Säbel, Flinten, ja selbst Galgen. Der amerikanische Unionismus will in Harmonie leben. Er will dem Kapitalisten seine in „honorable manner“ (ehrbarer Weise) erworbenen Millionen und Macht lassen, denn für ihn haben beide gleiche Interessen, sind Freunde. Wenn nun der Kapitalist auf die Beteuerungen mit Fußtritt antwortet, so wird dies einem Mißverständnis, einer Verkennung des Unionismus zugeschrieben. Als Antwort werden über den Patriotismus, die Geseßesliebe und Friedfertigkeit der Unionen hohe Lieder angestimmt. Da wird dem Unternehmertum breitspurig vorgeredet, wieviel mehr er aus seinen Arbeitern herausziehen kann, wenn er in die Freundschaftshand der Union einschlägt, wie sie ihm die Konkurrenz beseitigt und ihm „hohe Preise“ (das heißt die Brandgeschwörung der Konsumenten) ermöglicht. Kurz es wird geflagt, gebettelt, geschworen. Selbst auch jetzt, wo die herrschende Klasse den Gewerkschaften den Galgen errichtet hat, weiß der hohe Rat der American Federation of Labor den Arbeitern (für die nächste Wahl) weiter nichts zu sagen als: „Steht bei unseren Freunden, bekämpft unsere Feinde.“ Wer aber nun die „Freunde“ sind, wird nicht gesagt. Das würde der Unionweisheit auch recht schwer fallen.

Die harmoniebuselige gebundene Auffassung schließt auch eine proletarierwürdige politische Haltung aus, oder besser, verlangt strikte politische Neutralität. Parteipolitik aus dem Unionskempel bannen ist ganz gut. Aber in diesem könnten und müßten doch die sozialpolitischen Geseße und sonstige Maßnahmen diskutiert werden, damit die Mitglieder als Bürger die gewerkschaftliche Aktion in überzeugter Weise fördern. Aber nichts von alledem, denn dabei würde die infame Windbeutelerei der bürgerlichen Parteien (hinter denen überall das Unternehmertum steht) aufgedeckt werden. Das könnte die kapitalistischen Pläne durchkreuzen. Mit der Interessengemeinschaft wäre es dann zum Teil wenigstens vorbei. Der Kapitalismus braucht Konfessionen, Brücken, Straßen, Land, Flüsse, Geseße. Damit er alles, wozu er nicht umsonst, so doch für ein Linsengericht bekommt, bezahlt er die Geseßgeber, damit die Geseße in seinem Interesse ausgelegt werden, dafür besticht er die Beförderer, damit der Ausschichtsbeamte sich nicht seiner Rechte erinne, damit der Steuerbeamte sich zu seinen Gunsten irt oder ihn ganz vergißt. Dies könnte ihm ershwert werden durch eine denkende Wählermasse. Würde diese von den Unionen indirekt geschaffen werden, könnte die

von diesen gezeigte Interessengemeinschaft wiederum ins Organisiert werden.

Der Arbeiterbürger in seiner glorreichen „Souveränität“, jeden politischen Willens und jeder Weisheit bar, wird dochhin sein Wort sagen, wo seine Gemutwahl steht. Das nächste Mal stimmt er abwechselungsweise einmal anders. Sein Kollege macht es umgekehrt. So werden die Arbeiterstimmen vorgeworfen oder sie sollen dem besten Demagogen oder reichhaltigsten Kandidaten, das ist dem Unternehmertum, das beide bezahlt, anheften.

Nun haben unsere Unionen auch rein politische Forderungen, wie Verstaatlichung der öffentlichen Dienste, Schlichteje etc., die nur auf politischem Wege realisiert werden können. Das stände nun eigentlich im Widerspruch zur politischen Neutralität. Aber streng genommen ist es nur ein Korrelat der Nur-Gewerkschafterei. Die Interessengemeinschaft, die Frucht irgendwo angulosen, zeitigt die Verewigung der papiernen Beschaffenheit solcher Forderungen. Diese zur Wahlparole zu machen, ist bis jetzt noch keinem eingefallen, am wenigsten den Hauptleitern der Unionen. Bei jeder Wahl, für jede der bürgerlichen Parteien hängen die Wünsche der „organisierten Arbeiter“ in der Luft. Sie werden von ihren Vätern als jeder, manns Sache betrachtet und werden dadurch zu niemand's Sache. Jedemfalls hat noch keine der beiden Parteien wirksame sozialpolitische Maßnahmen getroffen. Wie sollten sie auch! Hinter beiden stehen die gleichen kapitalistischen Interessen. Sie werden doch nicht den Trog verschütten, der den Vertretern auf beiden Seiten Futter gibt. Der Unterschied zwischen den beiden bürgerlichen Parteien besteht nur im Grade, nicht in der Art. Die eine, die republikanische Partei, ist die Reaktion en gros, die andere, die demokratische, die Reaktion en detail. Man kann aber auch diesen Unterschied umgekehrt stellen, ohne viel fehl zu gehen.

Der parteipolitische Unterschied zwischen Europa und Amerika ist, daß in Europa das Volk durch vertikale Linien nach Parteien gesondert ist, während in Amerika die scheidenden Linien wellenförmig in horizontaler Richtung durch alle Bevölkerungsklassen hindurch auf- und niederlaufen. Drüben schätzt man nach der Parteizugehörigkeit den Mann, den Charakter, die Gesinnung und Intelligenz, haben ist das nicht möglich; drüben hat der Gewerkschaftsführer politische Farbe zu bekennen, damit er danach bewertet werden kann, hier hält er damit zurück, damit seine Karriere nicht gehindert wird. Die amerikanischen Unionsführer gelten als Republikaner oder als Demokraten oder als beides zugleich. Sie geben sich keine Mühe, Klarheit über ihre politische Gesinnung zu verbreiten. Nur wenn sie sozialistisch genannt werden, erheben sie sich zu flammenden Protesten. Dieser Zustand ist für Leute, die aus der Gesinnungslumperei ein Geschäft machen, ein äußerst idealer. Und die Unionsgemeinschaft wälzt sich zwischen dem republikanischen Sumpf und demokratischen Morast. Das letzte Mal folgte sie in der Hauptsache der Zigeunerkapelle Hooverseltia, jetzt wird ihr von ihren Führern wohl der Rat gegeben werden, im November hinter dem Klattenfänger Bryan (Demokrat) herzulaufen.

Nach alledem mag es klar erscheinen, warum die Vereinigten Staaten jeder Sozialgesetzgebung bar sind. In den Einzelstaaten steht es — zum Schein wenigstens — etwas besser. Beim Studium der einzelstaatlichen Gesetzgebung ist man erstaunt über die Zahl der Arbeiterschutzgeseße, die da — auf dem Papier stehen. Die Verwunderung wird noch mehr gesteigert durch die Kunde, daß zuweilen gar „ein Fachmann mit Vertrauen und Popularität“, das ist ein Unionsmann, zur Überwachung und Durchführung der Geseße bestellt sei. Nun aber verlangen, daß der „dear Brother“ von der Union auch Laten sehen lasse, wäre eine Verneinung. In Pennsylvania war meine Auffassung von den Pflichten eines Fabrikinspektors noch grünhörlich genug, daß ich mit großen Erwartungen nach dessen Tun und Wirksamkeit Anschau hielt. Das war naiv. Dies sah ich erst in dem Maße ein, als meine Kenntnis von der „Erleuchtung“ dieses großen Landes zunahm. So ein Posten ist nur durch politischen „pull“ zu erhalten. Dieser ist nur zu haben für den, der ergeben und dienstwillig ist. Er stellt eine Belohnung der für die herrschende Klasse geleisteten oder noch zu leistenden Dienste dar. Ihn anders auffassen oder ihn ernstlich ausfüllen, wäre gleichbedeutend mit dem Verlust. Damit ist die Wertlosigkeit der Schutzgesetzgebung in den Einzelstaaten zum Teil wenigstens erklärt. Überhaupt weiß der Kapitalismus geseßdrohende Stimmungen geseßlich zu dämpfen. So ein paar Sinekuren an leitende Unionsleute wirken wie Öl auf das brandende Meer. Dadurch verliert die „organisierte Arbeit“ vielleicht langjährige Verater oder die moralische Niederlage einer Bewegung wird dadurch komplett. Dadurch wird leider nicht die Möglichkeit gegeben, eine Wiederholung zu verhindern. Allerdings ist im Dienste des Kapitalismus schwer mit Mannesstugenden zu wandern. Aber eigentlich, sie bringen ohnehin keine hohen Prozente. Überhaupt diese Eigenschaften mit ethischen Namen! Vielleicht gut im „verrotteten“ Europa. Aber in diesem „erleuchteten Lande“ für strebende Business-Men von geringer Bedeutung. Sind nicht einmal wie lumpige Dollars zu anderen, lassen sich nicht in ein „quantitatives Urteil“ fassen! Wenn das Unternehmertum oder dessen politische oder offizielle Vertretung eine Pfunde vergeben will, treffen genug mit dem Unionslabel versehenen Bewerbungen ein. „Ein guter Teil der Unionsführer steht konstant auf der Lauer, den Posten gegen einen besserbezahlten beim Unternehmern oder politischen Parteien aufzugeben.“ schreibt der unionehrliche Brooks. Die Liste derer, die den Lauf vollzogen haben, ist eine erledlich lange und sie verlängert sich fortgesetzt. Über diese Art der Betätigung der Interessengemeinschaft entnehme ich meiner vollen Mappe das neueste Beispiel.

Witkell, der Präsident der Vereinigten Kohlenarbeiter, hatte sich durch seine mehrgährige Tätigkeit in der Organisation einen großen Einfluß in allen Kohlenbezirken gesichert. Mit der Zunahme seiner Macht verstärkte sich auch die Kunde von Anbietungen politischer oder nichtgewerkschaftlicher Posten. Aber der ehrliche Witkell blieb treu, von seinen Kameraden hochgerechert, von der bürgerlichen Presse sehr gelobt. Allerdings gab es, wie überall, so auch hier „Mörgler“. Diese wollten es für den Arbeiterführer nicht passend finden, daß er, als er auf Kosten des Verbandes zum internationalen Bergarbeiterkongress nach Europa fuhr, so nebenbei zum Preise von 500 Dollar pro Stück einige Artikel für eine kapitalistische Zeitung schrieb. Er schilderte darin die traurige Lage der europäischen Grubenarbeiter. Die Mörgler unter den Arbeitern waren der Meinung, ihr Kampf um bessere Bedingungen würde erschwert werden, wenn er, ihr Präsident, selbst den Kapitalisten Material liefere, gegen das sie aus Solidarität nichts einwenden dürften. Aber schließlich wurde diese Angelegenheit als private Geschäftssache betrachtet. Nur die Mißgunst konnte sie anders deuten. Und dann wurde wieder geordelt über die „freundliche Vereinbarung“ im Illinoiser Kohlenbezirk, worin es heißt: „Mitglieder der Vereinigten Bergarbeiter-Organisation, die eine Mine in Untätigkeit setzen oder die Förderung reduzieren durch Arbeitsentziehung, werden mit zehn Dollar (= 42 M) bestraft.“ Die eine Hälfte der Strafe fällt der Organisation, die andere dem Unternehmern zu. Dieser Vertrag ist auf bestehenden Anengeseßen basiert. Keine Partei darf die Einführung von Geseßen bewirken, die in irgend einer Weise die Bestimmungen dieses Vertrages entzweien können.“

* Brooks: The Social Unrest.

Nach genommen ist, wozu sich notwendig zusammen bis zu 2750 Stunden Ueberstunden leisten. Diese Verfügung ist in letzter Zeit von dem Preis bis zu drei Viertel der Arbeiterzahl notwendig geworden. Um dem im Schreiben der Arbeiterkommissionen vom 20. dieses Monats zum Ausdruck gebrachten Wunsch bezüglich einer anderweitigen Regelung der Ueberstundenarbeit nach Möglichkeit zu entsprechen, gibt die Direktion den Arbeitern anheim, die in dieser Hinsicht die erforderliche Ueberstundenarbeit in der Weise zu bewerkstelligen, daß alle Arbeiter an vier Abenden in der Woche je anderthalb Stunden nach Schluß der Normalarbeitszeit arbeiten. Die Direktion schlägt den Arbeitern vor, den Abend des Montag und des Donnerstag jeder Woche Ueberstundenfrei zu lassen. Für ein Tag, an dem Ueberstunden gearbeitet werden müssen, mit dem Sabbatstag zusammen, so soll die dann ausfallende Ueberstundenarbeit am Abend des nächstfolgenden Ueberstundenfreien Tages nachgeholt werden. Auf Schiffe, welche sich in Reparatur befinden, kann diese Einstellung der Ueberstundenarbeit jedoch keine Anwendung finden. Bei Reparaturarbeiten muß ganz nach Bedarf gearbeitet werden, so wie die Verhältnisse in jedem einzelnen Falle dies bedingen. Falls die Arbeiter bereit sind, diesen Anforderungen zu entsprechen, würde die Direktion die mit den Arbeitern bezüglich der Ueberstundenarbeit obwaltenden Differenzen als beigelegt erachten.

Der Arbeiterausschuß und die Meterkommission erklären sich bereit, die Vorschläge der Direktion bezüglich der Regelung der Ueberstundenarbeit ihren Kollegen vorzutragen und auf deren Annahme hinzuwirken.

Es kommen darauf die am Schluß des Schreibens des Arbeiterausschusses und der Meterkommission erwähnten, besonderen Wünsche einzelner Branchen zur Diskussion.

1. Die Arbeiter, speziell Arbeiter, sprechen den Wunsch aus, daß bei Ueberstunden der Stundenlohn garantiert werden soll, und zwar in der Form, daß bei Ueberstunden, bei denen der Stundenlohn nicht erreicht wird, in jedem Falle der Lohn ausbezahlt wird. Die Direktion erklärt hierzu, daß sie eine Garantie des Lohnes in dieser Form nicht geben kann, sie sieht jedoch streng auf dem Boden der Hamburger Abmachungen vom 4. Mai 1907, welche unter „Ueberstunden“, Punkt b, wie folgt lauten: „Grundsätzlich werden die Ueberstunden auf allen Werften so gestellt, daß der Arbeiter bei fleißiger Arbeit einen seinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann. Daher lehnen die Werften im Prinzip eine Garantie des Stundenlohnes ab. Ueberstunden, welche bei fleißiger Arbeit und richtiger Angabe der auf die Ausführung der Arbeit verwendeten Zeit keinen den Lohnsatz übersteigenden Verdienst belassen, sollen seitens der Werften richtig gestellt werden.“

Die Direktion hat in verschiedenen Verhandlungen mit ihrer Arbeiterschaft schon wiederholt erklärt, daß sie unbedingt an diesem Grundsatze festhält und Abhilfe, welche unter Voraussetzung der vorliegenden Bedingungen nicht mindestens einen den Lohnsatz erreichenden Verdienst belassen, werden, wie bisher, nach oben hin aufgebessert werden.

2. Die Meterkommission ersucht um eine Aufbesserung ihrer Lohnsätze um 1 beziehungsweise 1/2 % pro Stunde. Die Direktion erklärt, daß es ihr angeht, die guten Verdienste der Arbeiter des „Vulkan“ und angeht, die zurzeit außerordentlich schwierigen Verhältnisse im Schiffbau nicht möglich ist, irgend einer allgemeinen Erhöhung der Lohnsätze näher zu treten, weil dadurch die Schwierigkeiten, neue Aufträge heranzuziehen, noch wesentlich größer sich gestalten würden, als sie heute bereits sind. Es ist aus diesem Grunde nicht möglich, Wünschen bezüglich Erhöhung der Lohnsätze zurzeit zu entsprechen.

3. Es wird der Wunsch geäußert, die Lohnungsperiode wieder auf zwei Wochen abzurunden und jeden zweiten Sonnabend zu lohnen, anstatt halbmonatlich wie jetzt. Die Direktion erklärt, daß die jetzige Art der Lohnung seit einer Reihe von Jahren auf speziellen Wunsch der Arbeiterschaft eingerichtet worden ist, um die wirtschaftlichen Verhältnisse derselben zu verbessern, besonders um eine glatte Regulierung der Mietzahlungen am Monatschluß zu ermöglichen. Eine nicht besonders zwingende Gründe vorgebracht werden, welche gegen die jetzige Art der Lohnzahlung sprechen, hält die Direktion es für richtiger, an dem jetzigen Modus festzuhalten, besonders, weil derselbe seinerzeit speziell auf Wunsch der Frauen unserer Arbeiter eingeführt worden ist.

4. Es wird von den Arbeitern der Wunsch geäußert, die Abzahlung so frühzeitig wie möglich auszuhändigen und die Abzahlung bezüglich der einzelnen Arbeiter so zu spezifizieren, daß der Arbeiter auch bei größeren Abfordern in der Lage ist, zu sehen, welcher Preis ihm für die einzelnen Stücke, aus denen sich der Gesamtanfang zusammensetzt, bezahlt wird. Die Direktion sagt zu, daß diesem Wunsche der Arbeiter, wie bisher, möglichst weitgehend entsprochen werden soll, soweit wie die Verhältnisse es irgend zulassen.

5. Es wurden von den Mitgliedern des Arbeiterausschusses und der Meterkommission noch verschiedene Wünsche von nicht prinzipieller Bedeutung geäußert, deren Diskussion Meinungsverschiedenheiten zwischen der Direktion und den Vertretern der Arbeiter beziehungsweise Arbeiter nicht ergab. Die Direktion gab der Erwartung Ausdruck, daß der Arbeiterausschuß und die Kommission der Arbeiter von dem Resultat der heute gehaltenen Besprechung der Arbeiterschaft Kenntnis geben wird, und ist bereit, den Betrieb wieder zu eröffnen, sobald sie von den Vertretern der Arbeiter beziehungsweise Arbeiter die Mitteilung erhält, daß die Arbeiter unter den vorstehend aufgeführten Bedingungen bereit sind, die Arbeit wieder aufzunehmen und ohne Störung fortzusetzen.

Ferner fanden am 29. Juli noch weitere Verhandlungen statt, über die die Direktion folgendes Protokoll veröffentlichte:

Protokoll über die Verhandlungen am 29. Juli 1908, zwischen der Direktion des „Vulkan“ einerseits und dem Arbeiterausschuß, sowie der Kommission der Arbeiter des „Vulkan“ andererseits.

Zur Besprechung steht das Schreiben der letztgenannten beiden Kommissionen der Arbeiterschaft vom 28. Juli d. J., und zwar die Wünsche, welche seitens der Meterkommission noch bestehen.

1. Die Meterkommission legt ein Verzeichnis von etwa 15 Abfordern vor, welche nach ihrer Auffassung nicht den Lohn erbracht haben sollen, beziehungsweise reduziert worden seien. Die Direktion sagt zu, die vorgelegten Abfordere eingehend zu prüfen und das Resultat ihrer Prüfung einer Unterkommission des Arbeiterausschusses und der Meterkommission vorzulegen. Falls die Prüfung ergibt, daß die erwähnten Abfordere bei fleißiger Arbeit und richtiger Angabe der darauf verwendeten Zeit nicht den Stundenlohn erbracht haben, so sollen dieselben nach oben hin reguliert beziehungsweise der zu wenig verdiente Betrag nachbezahlt werden.

2. Die Arbeiter wiederholen den Wunsch nach einer Garantie des Stundenlohnes beziehungsweise nach einer Auszahlung des Stundenlohnes, falls dieser bei einem Abfordere nicht erreicht sein sollte. In einer eingehenden Besprechung dieser Angelegenheit legt die Direktion dar, daß sie nicht in der Lage ist, über diejenigen Erklärungen hinauszugehen, welche im Protokoll der Verhandlung vom 27. Juli d. J. unter „Besondere Wünsche“, Punkt 1, von ihr abgegeben worden sind. Die Direktion bringt besonders zum Ausdruck, daß die Zahl der angeblich schlechten Abfordere im Verhältnis zu der Gesamtzahl derselben nur sehr gering sein kann, weil bei letzter Aufstellung der Lohnsätze über die Verdienste der Arbeiter im vierten Vierteljahr 1907 und im Monat Januar 1908 sich ergeben hat, daß sämtliche Arbeiter im Durchschnitt dieser Periode mehr als 40 Prozent über ihren Stundenlohn hinaus verdient haben. Bei einer Zusammenstellung der Meterabfordere, bei welchen Preis für die Anwendung gekommen ist, hat eine Kontrolle über 60 Abfordere ergeben, daß sämtliche Preisabfordere einen Ueberverdienst von 40 bis 50 Prozent gebracht haben. Eine Stichprobe der Handlungsaufforde über eine Lohnung im Monat Februar hat ergeben, daß unter 227 Abfordern nur 16 waren, bei denen nicht mindestens 25 Prozent über den Lohnsatz verdient worden sind, während sich unter diesen 227 Abfordern nur ein einziger befand im Betrage von 24,63 M., bei welchem 1,44 Prozent gleich 35 % unter dem Lohn verdient worden sind. Die Direktion ist auf Grund dieser Feststellung der Ueberzeugung, daß die Meterabfordere im all-

gemeinen durchaus angemessen und so normiert sind, daß sie bei fleißiger Arbeit dem Arbeiter einen guten Verdienst belassen.

3. Die Kommission der Arbeiter kommt nochmals zurück auf die von ihr in der Verhandlung vom 27. Juli d. J. bereits vorgebrachte Aufbesserung der Lohnsätze um 1 beziehungsweise 1/2 % pro Stunde.

Die Direktion erklärt, daß sie nicht in der Lage ist, zu diesem Wunsche etwas anderes zu sagen, als im Protokoll vom 27. d. Mts. unter „Besondere Wünsche“, Punkt 2, zum Ausdruck gekommen ist, besonders auch aus dem Grunde, daß sie vor noch nicht drei Monaten, zu Anfang Mai dieses Jahres, sämtlichen Arbeitern, Vorkämpfern, Zuschlägern, Warmmachern und Kleinstlangern eine Zulage von 2 beziehungsweise 1 % gegeben hat.

4. Es wurden von den Mitgliedern des Arbeiterausschusses und der Meterkommission noch Wünsche von nicht prinzipieller Bedeutung geäußert, deren Diskussion irgend welche Meinungsverschiedenheiten nicht ergab.

Die Direktion gab der Erwartung Ausdruck, daß der Arbeiterausschuß und die Kommission der Arbeiter von dem Resultat der heutigen Besprechung der Arbeiterschaft Kenntnis geben wird. Sie ist bereit, den Betrieb wieder zu eröffnen, sobald sie von den Vertretern der Arbeiter beziehungsweise Arbeiter die Mitteilung erhält, daß die Arbeiter angeht, die Erklärungen der Direktion bereit sind, die Arbeit wieder aufzunehmen und ohne Störung fortzusetzen.

An demselben Tage fand eine Versammlung der Arbeiter statt, wo erklärt wurde, daß die Beschränkung der Ueberstunden auf drei Abende in der Woche nicht als Zugeständnis der Direktion aufzufassen sei, weil den Arbeitern schon früher auf Wunsch an zwei Abenden der Woche freigegeben worden sei. Gefordert wurde die Beschränkung der Ueberstunden auf drei Abende. Mit etwa 700 gegen 20 Stimmen wurden die Vorschläge der Direktion abgelehnt, obwohl die Mitglieder der Kommission einbringlich die Annahme empfahlen.

Am 30. Juli fanden vier Versammlungen der Arbeiter statt, die sehr ruhig verliefen. Dort wurde folgende Erklärung der Gewerkschaftsleiter ohne Widerspruch entgegengenommen:

„Die Organisationsvertreter machen die Mitteilung, daß bevor ihrerseits eine bestimmte Stellungnahme öffentlich erfolgen kann, eine Verständigung mit den Hauptvorständen und den Vertrauensleuten aller Gewerkschaften stattfinden muß. Die heutige Versammlung hatte lediglich die Aufgabe, einen dementsprechenden Beschluß der Direktion des „Vulkan“ unterbreiten zu können.“

An die Direktion wurde folgendes Schreiben gerichtet:

„Titel. Direktion des „Vulkan“, Stettin.“

Der unterzeichnete Arbeiterausschuß und die Meterkommission teilen der geehrten Direktion hierdurch mit, daß die Arbeiter in ihrer letzten Versammlung beschlossen haben, die Bedingungen, die die Direktion gestellt hat, um die Wiedereröffnung des Vulkanbetriebes zu veranlassen, abzulehnen. Die Unterzeichneten erklären jedoch, sich zu keiner Bemühung zu wollen, um der Herstellung des gewerblichen Friedens die Wege zu ebnen, und werden zu diesem Zwecke noch am heutigen Tage weitere Beratungen stattfinden, nach deren Abschluß die Direktion weitere Mitteilung erhalten wird.

Schachtsungsdoll
(Unterschriften.)

Diesen Bemühungen lag natürlich das Bestreben zugrunde, eine weitere Ausdehnung der Aussperrung zu verhüten, zumal in den Zeitungen schon davon geschrieben wurde, daß die Gruppe deutscher Schiffswerften des Verbands deutscher Eisenindustrieller beschließen habe, am 12. August eine „allgemeine Einschränkung des Betriebs“ eintreten lassen zu wollen, falls auf dem Vulkan die Arbeit nicht wieder aufgenommen würde. Von der Stettiner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde am 5. August folgendes bekannt gemacht:

„Da die Direktion des Stettiner „Vulkan“ die Solidarität des Vereins deutscher Schiffswerkstätten und des Vereins Pommerischer Eisenindustrieller nachgesucht und erhalten hat, wird, wenn nicht in letzter Stunde noch eine Einigung erzielt wird, eine Verschärfung der Aussperrung Platz greifen.“

Wird dieser Beschluß durchgeführt, so werden noch Tausende von Werft- und Metallarbeitern brotlos, verfallen der Aussperrungswut der Unternehmer. Hier haben die Arbeiter eine schwere Verantwortung zu übernehmen, wobei gesagt sein soll, daß der Widerstand der Arbeiter nicht ein so großer sein würde, wenn die Direktion des „Vulkan“ in Beurteilung der Arbeiterfragen einseitig und toleranter wäre.

Um eine Klärung in dieser ersten Situation herbeizuführen, veranfaßten sich die Vertrauensleute sämtlicher Gewerkschaften gestern abend 6 Uhr bei dem Kollegen Kiese. Am Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dem Kollegen Hunger, wurde ein kurzer Bericht unter Hinweis auf die gewaltige Verantwortung gegeben. Es wurde hierbei betont, daß unter allen Umständen die Erweiterung der Aussperrung zu vermeiden sei, da dieselbe eine schwere Schädigung für die anderen Kollegen mit sich bringe. Sämtliche Organisationsvertreter sowie die meisten Diskussionsredner sprachen für den Frieden.

Folgende Resolution wurde nach eingehender Debatte mit 63 gegen 10 Stimmen angenommen:

Die heutige Versammlung der Vertrauensleute des „Vulkan“ ersucht die Arbeiter, im Interesse des wirtschaftlichen Friedens ihre Forderungen zurückzugeben.

Mit dieser Resolution haben die Vertrauensleute ihren Willen zur Beilegung der Aussperrung kundgegeben. Es ist nun Pflicht der Arbeiter, einen ähnlichen Beschluß zu fassen.“

Diese Mahnung wurde jedoch von den Arbeitern nicht beherzigt. In einer sehr lebhaften Versammlung, die am benannten Tage stattfand, lehnten sie die Wiederaufnahme der Arbeit ab, obwohl ihnen von den Organisationsleitern erklärt wurde, daß sie keine Unterstützung mehr erhalten würden, weil die Forderungen der Arbeiter während der Aussperrung gegen den Willen der Organisation aufgestellt worden seien und sowohl gegen das Statut, wie gegen die Abmachungen vom 4. Mai 1907 verstießen.

Anlässlich des disziplinwidrigen Verhaltens der Arbeiter haben die Vertreter der Gewerkschaften sich genötigt gesehen, folgendes Flugblatt herauszugeben:

„An die ausgesperrten Arbeiter des „Vulkan“!

Werde Kollegen! Die unterzeichneten Vertreter der freien Gewerkschaften waren heute zu ihrem Bedauern gezwungen, den Arbeitern nach einer recht fürnämlich verlaufenen Versammlung zu erklären, daß ihnen keine Unterstützung mehr ausbezahlt werden kann. Obwohl der große Mehrzahl der ausgesperrten die Vorgänge bekannt sind, muß doch hier eine kurze Darstellung des Sachverhaltes zur Begründung der obigen Erklärung gegeben werden.

Die Aussperrung der ganzen Arbeiterschaft des „Vulkan“ geschah, weil die Arbeiter in begreiflicher Erregung über die Art und Weise der Verhandlung mit der Direktion die Ueberstunden einen Tag herweigeren. Die Pöhllichkeit der Aussperrung machte es den Organisationsvertretern unmöglich, einzugreifen, und es hatten daher die Arbeiter die Sympathie der Öffentlichkeit und bis jetzt auch die Unterstützung der Organisationen. Während der Verhandlungen stellten die Arbeiter Forderungen auf, die über das hinausgingen, was die Ursache der Aussperrung war. Es wurde vor der Aussperrung von den Arbeitern nur die Regelung der Ueberstunden verlangt. Dieses Verlangen erfüllte die Direktion des „Vulkan“ und sicherte auch Regelung der schlecht bezahlten Abfordere zu. Damit war die Ursache der Aussperrung beseitigt.

Seitens der Organisationsvertreter wurde in einer ganzen Reihe von Sitzungen und Versammlungen erklärt, und sind auch dementsprechende Beschlüsse gefaßt, daß alles, was über die Regelung des

Ueberstundenlohnes hinausgeht, als Wunsch der Direktion unterbreitet, aber in keinem Falle eine Erweiterung des Kampfes durch Nichtbeachtung nach sich ziehen darf.

Die Arbeiter haben es abgelehnt, ihre Forderungen zurückzugeben, obwohl auch eine Konferenz der Vertrauensleute aller freien Gewerkschaften mit 63 gegen 10 Stimmen sie dazu aufforderte. Sie haben die Organisationsvertreter sogar durch ständige Unterbrechungen und Zutritt gehindert, ihre Meinung zum klaren Ausdruck zu bringen.

Damit haben die Arbeiter aus der Aussperrung einen Angriffspunkt gemacht.

Dieser Angriffspunkt konnte von den Vorständen der freien Gewerkschaften unter keinen Umständen genehmigt werden, weil die Forderungen der Arbeiter gegen die Abmachungen mit der Gruppe Deutscher Schiffswerften vom 4. Mai 1907 verstießen.

Es muß den Mitgliedern der in Betracht kommenden Organisationen auch bekannt sein, daß sie auf Unterstützung verzichten, wenn sie in einen nicht genehmigten Streik eintreten.

Zu diesen Dingen kam aber noch der Umstand, daß die Gruppe Deutscher Schiffswerften und der Verband der Pommerischen Eisenindustriellen sich mit dem „Vulkan“ solidarisch erklärten, und die sämtlichen Werften am 12. August, alle Betriebe der Metallindustrie von Stettin bereits am kommenden Sonnabend 60 Prozent ihrer Arbeiterschaft aussperrten wollen. Es würden nach oberflächlicher Schätzung zu den etwa 7000 schon ausgesperrten Arbeitern noch 42 000 bis 65 000 dazu kommen.

Ein solcher Kampf kann nur geführt werden, wenn er Aussicht auf Erfolg hat. In einen Erfolg aber ist im vorliegenden Falle nicht zu denken, darüber sind sich außer den Arbeitern wohl die ganzen Stettiner Arbeiter klar.

Wenn die Arbeiter trotz alledem auf ihrem Standpunkt verharren, so mögen sie die Verantwortung tragen. Die unterzeichneten Organisationsvertreter müssen es ablehnen, wegen eines so vollkommen aussichtslosen Kampfes weitere 45 000 Menschen brotlos zu machen.

Aus diesen Gründen rechtfertigt sich der Beschluß, den Arbeitern die Unterstützung zu entziehen und den Angriffspunkt der Arbeiter unsererseits für nicht bestehend zu erklären. Ein Telegramm aus Hamburg meldet uns, daß auch die dortigen Kollegen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband sich mit unseren Beschlüssen einverstanden erklären.“

Unterschieden ist das Flugblatt von den Vertretern der Verbände der Metallarbeiter, der Fabrikarbeiter, der Schmiede, der Holzarbeiter, der Zimmerer, der Kupferschmiede und der Schiffszimmerer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 16. August der 34. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. August 1908 fällig ist.

Resolution.

Nach erfolgter Rücksprache der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit dem Vorstand des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, zwecks Regelung des Übertrittes der Schmiede Hamburgs in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, erklären dessen Vertreter:

1. Den korporativen Übertritt oder den Übertritt größerer Gruppen der Zahlstelle Hamburg des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen in den Deutschen Metallarbeiter-Verband lehnt derselbe ab. Er empfiehlt vielmehr den Betroffenen, einsteilen bei ihrer Organisation zu bleiben. Einzelübertritte von Mitgliedern des Schmiedeverbandes im Bereich der Zahlstelle Hamburg werden vom Deutschen Metallarbeiter-Verband innerhalb eines Vierteljahres, also vor dem 1. November 1908, nicht vollzogen.
2. Der Vorstand des Schmiedeverbandes verpflichtet sich, mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in unverbindliche Verhandlungen über die Vereinigung beider Verbände einzutreten.
3. Über die Verhandlungen ist vom Vorstand des Schmiedeverbandes schriftlich Bericht an die nächste Generalversammlung zu erstatten und zur Beratung dieses Punktes ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einzuladen.

Für den Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen:
F. Lange, E. Kamps, O. Schreiber, S. Wichmann, F. Drehmer, H. Rainer, E. Schmidt, F. Seegert.

Für den Deutschen Metallarbeiter-Verband:
O. Reichel, R. Massafsch, O. Schulz, W. Gottbusen, D. Franz.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Bezirksleitung im 4. Bezirk: Der Former Oswald Lenke, geb. am 29. Oktober 1884 zu Meerane, eingetret am 7. Juni 1902, Buch-Nr. ?, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Braunschweig: Der Schlosser Friedr. Mürmann, geb. am 11. August 1885 zu Dortmund, Lit. A. Buch-Nr. 272711, wegen Diebstahl.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dortmund: Der Schlosser Ernst Meyer, geb. am 1. August 1880 zu Stefeld, Lit. A. Buch-Nr. 67126, wegen Betrug.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart: Der Goldarbeiter Emil Wiedermann, geb. am 10. Juli 1878 zu Rathenow, Lit. A. Buch-Nr. 82946, wegen Diebstahl.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Sierlohn:
Der Former Adolf Haas, geb. am 27. Juli 1877 zu Rimbach, Lit. A. Buch-Nr. 230552. Derselbe ist von Sierlohn abgereist ohne über Beitragsmarken abzurechnen, die in seinem Besitz sind.

Berichtigung.

Der Ausschlußantrag gegen den Former Willi Baier in Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung ist nicht von Baizen, sondern von Bunzlau gestellt worden, was hiermit berichtigt wird.

Abhandlungen bezw. geflochten sind die Mitgliedsbücher:
Lit. A. Buch-Nr. 80469, lautend auf 2 August Jürmer, geb. am 26. Juli 1880 zu Gr.-Strelitz.
Lit. A. Buch-Nr. 269164, lautend auf Schlosser Bruno Melzheimer, geb. am 31. Oktober 1889 zu Berlin.
Die Bücher sind anzuhalten und an den Vorstand einzusenden.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Str. 16b zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Quittung

Über die vom 1. bis 31. Juli 1904 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsbeiträge.

- Wien 400, Wien 41,00, Altona 2800, ... (List of contributions from various cities and firms)

Die Verwaltungstellen, Bevollmächtigten und sonstigen ... (Administrative notice regarding the list)

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- von Bijouterie- und Goldarbeitern nach Paris; ... (List of items to be kept away from the office)

(Die mit A. und B. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die ... (Note about disputed areas)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung ... (Notice about disputes and strikes)

Der Arbeitsausnahme in Orten, wo keine der obigen ... (Notice about work exceptions)

Korrespondenzen.

Feilenhauer. Bedacht. Der Einfluß der Feilenhauer in ... (Correspondence about file makers)

Metallarbeiter. Warnung. Der Zentral-Metallarbeiter-Verband ... (Correspondence about metalworkers)

angedeutet ehemaligen Anstaltensarbeiter fragte, auf welcher ... (Article about former workers and their conditions)

Gleichen. Welche Verträge im Heizungsfach den Monteuren ... (Article about contracts for heating work)

Milheim a. Rh. Inmitten deutscher wird den Arbeitern ... (Article about workers in Milheim and their struggles)

zum Beispiel durch Verletzung von ... (Continuation of the article about workers and their conditions)

zum Beispiel durch Verletzung von ... (Continuation of the article about workers and their conditions)

Organisation nicht nötig haben. Wie gering die Arbeiter von der Firma eingeschätzt werden, vermag die Organisation aus dem Nachkommen selbst zu beurteilen. Bei der Firma ist in sehr hohem Maße die Menschlichkeit erforderlich. Wie diese auf die Gesundheit der Arbeiter wirkt, darüber haben Autoritäten genügend gesagt und auch geschrieben. Jeder Leser dieses Blattes wird es insofern unerschrocken finden, daß die Nachlässigkeit auf diesem Wert noch eine halbe Stunde länger dauert als die Zugschicht, ohne daß dafür auch nur die geringste Vergütung bezahlt wird, zumal doch die Nachschicht dem Arbeiter größere Ausgaben verursacht. Um nun hier einen Ausgleich zu schaffen und die Härten dieser Nachschicht etwas zu mildern, ließen die Arbeiter durch ihren Ausschuss Anfang März der Firma den Wunsch unterbreiten, sie möge Samstags den Betrieb um 12 Uhr nachts schließen. Sie hofften um so mehr auf die Erfüllung ihres Wunsches, da es sich ja doch nicht um eine tatsächliche Kürzung der Arbeitszeit, sondern nur um eine Aufrechnung der nachts eine halbe Stunde betragenden längeren Arbeitszeit handelt. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß die Firma, die jetzt erst Sonntag morgens um 6 Uhr ihre Tore öffnet, ohne jegliche Verbilligung der Produktion noch eine bedeutende Ersparnis an Betriebskosten habe. Es ist durchaus nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß die Arbeiter, die regelmäßig auf Nachschicht arbeiten, um die Hälfte der Sonntage geprellt werden, denn die in Frage kommenden Arbeiter sind sämtlich in dumpfigen, qualmigen, jeglicher Ventilation entbehrenden Räumen sowie an Feuerungen beschäftigt; infolgedessen kann kein vernünftiger Mensch bei dem im Zustand der Übermüdung helfendenden Lohnslaven von einem Gewinn des freien Sonntags reden. Solche unwürdigen und kulturwidrigen Zustände zu ändern, müßte schon aus humanitären Gründen die Firma bestrebt sein. Wie aber diese berechtigten Forderungen von der Firma berücksichtigt werden, zeigt die Tatsache, daß obwohl der Ausschuss im Juni noch einmal in dieser Sache vorstellig wurde, bis heute noch alles beim alten ist, obgleich Herr Direktor Schleffenbaum versprach, selber zu befehlen, daß zwar nicht um 12 Uhr, sondern um 1 Uhr Schluß sein sollte, womit dann auch die Arbeiter zufrieden waren. Die Arbeiter sehen nun, daß die Firma, wie in so vielen Fällen, sie am Narrenseile führen will und nicht gewillt ist, die Beachtung der Mehrleistung oder die Kürzung der Samstagsnachtschicht vorzunehmen. Deswegen ist es nur zu begreiflich, daß die Arbeiter mit ihrem gerechten Verlangen jetzt an die Öffentlichkeit treten. Eine solche Behandlung zeugt nur von einer Geringschätzung derjenigen, die ihre Kräfte und Gesundheit opfern müssen, um den Herren Aktionären hohe Dividenden zu schaffen. — Nun aber auch ein Wort an die Arbeiter. Müchten diese sich doch einmal die Frage vorlegen, warum denn ihre Wünsche so wenig respektiert werden. Die richtige Antwort zu finden ist für den Kenner der Verhältnisse nicht schwer. Es ist stets eine Unwissenheit gewesen, daß jeder Mensch die Behandlung hat, die er verdient. Ist die Firma in ihren Betriebs-einrichtungen das rückständigste Werk der ganzen Umgebung, so ist es nur die Schuld einer ebenso rückständigen Arbeiterklasse. Wie viele der Arbeiter haben bis heute noch nicht den Wert des wirtschaftlichen Zusammenhanges begriffen oder stehen aus nichtsagenden Gründen der Organisation fern, wohl gar mit der Hoffnung, daß andere für sie die Kaskanen aus dem Feuer holen. Es ist durchaus nicht erforderlich, gerade auf die letzte Schwarzhäute zu warten. Jeder, der die Erkenntnis der unwürdigen Zustände und den Wert der Organisation begriffen hat, der schließt sich ungesäumt der Organisation an. Schon allein das Bewußtsein der Unternehmer, daß sie eine ausgeklügelte Arbeiterklasse haben, wird den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiter den nötigen Nachdruck verleihen, so daß für die Zukunft eine solche Behandlung ausgeschlossen ist. Darum schließt sich jeder dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, der allein schon durch seine achtunggebende Stärke in der Lage ist, für bessere Zustände zu sorgen.

Es ist jetzt noch unangelegentlich Ursache, es ging in Plannern auf und war seine unerschrockenen Privatleben blieben übrig. Auf die Statistiker, die noch wenige Stunden vorher Jüngern der herrlichen Stadt gewesen waren, machte die Nachricht von dem Unglück den Eindruck, als sei ihnen plötzlich etwas Zuredt gerufen worden. Die nicht anders zu erwarten war, enthalten über die Ursache der Explosion die verschiedensten Gerüchte. Von Stuttgart war Militär zur Hilfeleistung abgesandt worden. Dies wurde jedoch mehr dazu verwendet, in überflüssiger Weise das Publikum abzusperren, als zur Hilfeleistung. Weil vorher das heiterste Wetter herrschte, war das Luftschiff nur am vorderen Ende befestigt worden. Monteurs der Firma Daimler waren mit dem Aufsteigen des vorderen Motors beschäftigt. Zur Zeit des Unglücks war Zeppelin selber nicht anwesend; er war nach Scherdingen zum Essen gefahren. Die Oberaufsicht über das Ganze scheiterte in dem verhängnisvollen Augenblick. Schon vor dem unheilvollen Windstoß war die Luft unruhig geworden. Weil die Zahl der Soldaten, die das Luftschiff festhalten mußten, sich als ungenügend erwies, erboten sich Männer aus dem Publikum, zu helfen. Diese Hilfe wurde jedoch zurückgewiesen. Es erscheint danach nicht ausgeschlossen, daß es möglich gewesen wäre, den Unfall zu verhüten oder wenigstens doch sehr zu mildern. Eine genauere Untersuchung wird hoffentlich die wahre Ursache an den Tag bringen und sicher werden die bei dieser Gelegenheit gemachten Erfahrungen in Zukunft beherzigt werden. Eine der unglücklichsten Werdungen war jedoch die, daß die Explosion durch einen Motor verursacht worden sei. Beide Motore waren außer Tätigkeit; ferner haben sie doch, wie alle modernen Motoren, elektrische Zündung, es war also kein Funke vorhanden, der die Explosion verursachen konnte. Obendrein macht die Firma Daimler bekannt, daß der vordere Motor abmontiert war und sich gar nicht im Luftschiff befand, sondern daneben lag. Der hintere Motor war zwar betriebsfertig, befand sich jedoch etwa 100 Meter von der Explosionsstelle entfernt. Man sieht also, daß Berichte von Augenzeugen über Dinge, die sie nicht kennen, nicht immer zuverlässig sind. Bei dem Unfall sind einige Personen schwer verletzt worden. Wir wünschen ihnen, daß sie genesen mögen, ohne dauernden Schaden davonzutragen. Es hätte schlimmer werden können und die Erfahrungen, die bei dieser Gelegenheit gesammelt wurden, hätten unter Umständen mit noch viel schmerzlicheren Opfern erkauf werden müssen. Gegen die Brauchbarkeit des von Zeppelin angewendeten Systems beweist der Unfall nichts. Wenn diese große Fahrt Zeppelins ohne Störung verlaufen wäre, so wäre das ein Wunder gewesen, mit dem der Fachmann eigentlich nicht rechnen darf. Es müssen ohne Zweifel noch viele Versuche gemacht und noch viele Erfahrungen gesammelt werden, ehe es möglich sein wird, ein Luftschiff zu bauen, das allen Anforderungen genügt. Es war das erstemal, daß einem Luftschiffe eine so große Aufgabe gestellt wurde. Es wundert uns nicht, daß es diesem Dauerbetriebe noch nicht vollständig gewachsen war. Wer weiß, ob nicht an dem Gerüst eine kleine Verbiegung eingetreten ist, die Schuld daran war, daß Spannung entstand, wodurch das Lager am vorderen Motor warm wurde und auslief? (Ein paar Zehntelmillimeter genügen; das weiß jeder Maschinenbauer.) Wir sind überzeugt, daß es Zeppelin im Verein mit seinen tüchtigen Mitarbeitern gelingen wird, diese Kinderkrankheiten seines Systems zu überwinden. Der Verlust des Luftschiffes läßt sich ersehen. In ganz Deutschland regt es sich, man veranstaltet Sammlungen, um dem kühnen und unermüdeten Entdecker die Mittel zu einem neuen Fahrzeug zur Verfügung zu stellen. Viele Wohlhabende haben schon große Summen gezehnet; auch von einer Anzahl Stadtverwaltungen sind bedeutende Beträge bewilligt worden. Also außer den vom Reiche zu leistenden Beträgen sind genügende Mittel vorhanden, um Zeppelin den Bau weiterer Luftschiffe zu ermöglichen. Es bedarf also nicht erst der Arbeitergroßen dazu. Die Unternehmer und die übrigen Nutznießer von dem Fleiß der Arbeiter sind sehr wohl imstande, etwas von dem Mehrwert herzugeben, den sie aus der Arbeit ziehen. Freilich greift mancher von ihnen nur darum in den Beutel, weil er hofft, daß Zeppelins Luftschiffe in erster Linie als Kriegsfahrzeuge dienen können, daß sie gebraucht werden können, um den Massenmord in Zukunft noch gräßlicher auszugestalten. Wir aber sehen in dem Werke Zeppelins den Sieg des Menschengeistes über die Natur auf einem Gebiete, wo sie ihm den Sieg bisher noch immer streitig gemacht hat. Wir Sozialdemokraten wissen ferner, daß auch die Barbarei des Militarismus einst überwunden wird durch den Sozialismus. Dann wird Zeppelins Luftschiff ausschließlich Kulturzwecken dienen. Wir sind ferner überzeugt, daß die Fortschritte in der Luftschiffahrt sehr wohl mit helfen können, den Militarismus zu überwinden, indem er schließlich doch wohl einmal an seiner eigenen Gräßlichkeit zugrunde gehen muß. Zum Schluß wollen wir noch kurz darauf hinweisen, daß wir Metallarbeiter ein besonderes Interesse an den Fortschritten Zeppelins haben. Man bedenke, daß diese nicht möglich gewesen wären, wenn es nicht gelungen wäre, Motore zu bauen, die leicht genug und dabei doch kräftig genug sind, daß sie in solchen Luftschiffen verwendet werden können. Also auch wir wollen wünschen, daß Zeppelin und seine getreuen Helfer nicht erlahmen mögen. Zeppelin IV ist dahin, es lebe Zeppelin V!

belegten, das Fehlen und der sonstigen Arbeitsbedingungen zu erkennen. Die Erlöse gewerkschaftlicher Tätigkeit auf dem Gebiet der Wohnung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen lassen sich nur an den Ergebnissen der ohne Konkurrenzstellung vorzunehmenden Wohnbewerungen, in Verbindung mit den Ergebnissen der Streiks und Ausperrungen, ermessen. Die einseitige amtliche Statistik, die sich nur einen Teil der Wohnkämpfe umfaßt, die streikbedingten Wohnbewerungen aber gänzlich unberücksichtigt läßt, gibt ein völlig verzerrtes, falsches Bild von dem Ringen der organisierten Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum und von den Erfolgen der Gewerkschaften. Wie wenig die gewerkschaftliche Tätigkeit durch den wirtschaftlichen Übergang im letzten Jahre vermindert worden ist, ergibt sich allein schon daraus, daß die Zahl der Fälle, in denen Forderungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen gestellt wurden, gegen das Vorjahr nur wenig zurückgegangen und gegen 1905 noch bedeutend zugenommen ist. 1905 wurden in 8053 Fällen Forderungen gestellt, 1906 in 8548 Fällen und 1907 in 8063 Fällen. Es entfielen also von den 22 255 in den letzten drei Jahren gestellten Forderungen 25,4 Prozent auf das Jahr 1905, 38,4 Prozent auf das Jahr 1906 und 36,2 Prozent auf das Jahr 1907. Auch hinsichtlich der Ertragsleistungen übertrifft das Berichtsjahr 1907 noch wesentlich das im Zeichen der Hochkonjunktur stehende Jahr 1905, wenn es auch in dieser Beziehung nicht ganz an das an Lohnbewegungen und Lohnkämpfen außerordentlich reiche Jahr 1906 heranreicht. Von den 8208 Tarifverträgen, welche in den letzten drei Jahren insgesamt zwischen Gewerkschaften und Unternehmern abgeschlossen worden sind, entfielen nur 24,8 Prozent auf das Jahr 1905, während 38,0 Prozent auf 1906 und 37,7 Prozent auf 1907 entfielen. Nun bedeutet der Abschluß eines korporativen Arbeitsvertrags an sich noch keinen Erfolg der Gewerkschaften, daß aber in punkto Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung im Jahre 1907 noch weit größere Erfolge erzielt worden sind, als 1905, beweisen die folgenden Zahlen. In den Jahren 1905 bis 1907 wurde für 774 743 Personen Arbeitszeitverkürzung erzielt, wovon auf 1905 24,1 Prozent, auf 1906 43,8 Prozent und auf 1907 32,1 Prozent entfielen. Ähnlich ist das Verhältnis in bezug auf Lohnerhöhung. Von 1 632 103 Personen, für welche in dem genannten Zeitraum Lohnerhöhungen erzielt wurden, kommen auf das Jahr 1905 28,2 Prozent, auf 1906 42,4 Prozent und auf 1907 31,4 Prozent. In jeder Hinsicht sind also die Erfolge der Gewerkschaften im Jahre 1907 viel größer als im Jahre 1905 und nicht viel kleiner als 1906. Man sieht, wie falsch es ist, die gewerkschaftlichen Erfolge lediglich nach der Zahl der erfolgreich beendeten Streiks und Ausperrungen beurteilen zu wollen. Von den 8053 Fällen, wo Forderungen gestellt worden sind, wurden in 12 412 Orten 66 272 Betriebe mit 1 118 233 Beschäftigten betroffen. In 235 Fällen mußten die Forderungen als ausbleibend zurückgezogen werden, während in 166 Fällen die Forderungen von den Unternehmern stillschweigend anerkannt und bewilligt wurden. In 4652 Fällen wurden die Differenzen durch Unterhandlungen mit den Unternehmern beigelegt. An den Bewegungen, die ohne Arbeitszeineinleitung ihre Erledigung fanden, waren 525 235 Personen beteiligt. In 2986 Fällen kam es zur Arbeitszeineinleitung oder zur Ausperrung. Während im Jahre 1906 nur 54,1 Prozent der Arbeitskonflikte durch erfolgreiche Unterhandlungen oder durch stillschweigende Zugeständnisse der Unternehmer ihre Erledigung fanden, konnten im letzten Jahre 61,8 Prozent der Differenzfälle ohne Arbeitszeineinleitung oder Ausperrung beigelegt werden. Die Zahl der an Streiks und Ausperrungen Beteiligten bleibt denn auch wesentlich hinter derjenigen des Jahres 1906 und noch weit mehr hinter der des Jahres 1905 zurück. Während 1905 im ganzen 507 964 Personen an Streiks und Ausperrungen beteiligt waren, betrug die Gesamtzahl der Streikenden und Ausgesperrten 1906 nur 316 042 und 1907 nur 281 030. Die Gesamtlohn der Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen betragen im letzten Jahre 12 533 561 M., blieben also um 918 157 M. gegen das Vorjahr zurück und sind um 1 534 428 M. höher als die im Jahre 1905.

Durch Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen wurde 1907 im ganzen erreicht: Arbeitszeitverkürzung für 248 911 Personen, zusammen 912 650 Stunden pro Woche und Lohnerbhöhung für 513 213 Personen, zusammen 992 695 M. die Woche. Ferner wurde erreicht Lohnaufschlag für Ueberstunden in 1881 Fällen, Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit in 1374 Fällen, Beilegung der Arbeitsverträge in 76 Fällen, Verbesserung der Fabrik-, Bau- oder Werkstattordnung in 38 Fällen, Maßregelung wurde abgewehrt in 170 Fällen und sonstiges wurde erreicht in 1837 Fällen. Korporative Arbeitsverträge wurden in 2339 Fällen für 272 046 Arbeiter und Arbeiterinnen abgeschlossen. Nachfolgende Zusammenstellung zeigt, was in den letzten drei Jahren durch Bewegungen, Streiks und Ausperrungen an Arbeitszeitverkürzung erreicht wurde.

Rundschau.

Zeppelin.

„Erfahrung ist ein Rüstzeug, bestehend aus Waffen, die uns verkehrt haben.“ Wenn irgend jemand berechtigt ist, sich diesen Ausspruch Jean Pauls zu eigen zu machen, so ist es Zeppelin, der vielgeprüfte Erfinder eines lenkbaren Luftschiffes, das sich vor allen anderen durch seine Lenkbarkeit und Brauchbarkeit auszeichnete. Wie haben noch vor einigen Jahren die Reumutweisen über ihn gespottet, nachdem er Kraft und Vermögen daran gesetzt hatte, um ein Luftschiff nach den Prinzipien zu erbauen, die nach seiner Überzeugung und Erfahrung richtig sein mußten. Nicht nur aus der Laienwelt zerrückten sich seine Kritiker, sondern auch „Männer der Wissenschaft“, unter denen sich sogar Helmholtz befanden haben soll, erklärten die Ausführung seines Vorhabens für unmöglich. Zeppelin wollte indessen durch die Tat beweisen, daß alle seine Kritiker sich geirrt hatten. Und unter unsagbaren Mühen ist ihm dieser Beweis gelungen. Schon sein erster Aufstieg am 1. Juli 1900 zeigte, daß sein Schiff zu fliegen vermochte, obwohl sich schon damals mehrere Unglücksfälle ereigneten, die eine genügende Fortsetzung der Flugversuche unmöglich machten.

Es gelang Zeppelin, wieder das nötige Geld zusammenzubringen und am 30. November 1905 stieg er mit einem zweiten Luftschiff auf. Auch diesmal erlitt das Luftschiff verschiedene Havarien, die zum Teil durch ungünstige Umstände verursacht wurden. Am 17. Januar 1906 wurde ein neuer Versuch gemacht, der aber so sehr mißlang, daß Zeppelin anordnete, das Luftschiff abzubringen. Allgemeines Bedauern regte sich darüber, daß der Fleiß und die Beharrlichkeit des Erfinders nicht durch besseren Erfolg gekrönt sein sollte. Und doch erlahmte Zeppelin nicht. Unter weiser Beherzigung der bisher gemachten Erfahrungen erbaute er sein drittes Luftschiff, mit dem er die besten Resultate erzielte, die bis dahin erlangt worden waren. Das Vertrauen auf sein Genie und seinen Fleiß erfüllte immer weitere Kreise und es wurde ihm nunmehr leichter, auch die Mittel zu seinem vierten Luftschiff aufzubringen. Dieses absolvierte seine Probefahrt in glänzender Weise und im Morgengrauen des 4. August konnte er mit seinen Getreuen die schon länger geplante Fahrt nach Mainz antreten.

Über den Verlauf dieser Fahrt hat die Tagespresse ausführlich berichtet. Unvergessen wird uns der Anblick bleiben, als am Morgen des 5. August das Luftschiff im Nordwesten von Stuttgart aufstieg und von dem Jubel der Stuttgarter (von denen wohl mancher so schnell aus dem Bette gekommen ist, wie nie zuvor) begleitet, in südlicher Richtung seinen Weg fortsetzte. Wohin man auch hören mochte, jeder sagte, daß die schon oft gelesebenen Beschreibungen von dem erhabenen Eindruck, den das herrliche Luftschiff machte, keineswegs übertrieben seien. Als dieses fast senkrecht über uns hinwegfuhr, fiel es uns indessen schon auf, daß nur der hintere Motor lief. Es erregte keine Verwunderung, als es hieß, Zeppelin sei auf der südlich von Stuttgart gelegenen Höhebene der Silber gelandet, zwischen Scherdingen und Bernhausen, zwei Orten, die ehemals hauptsächlich wohl nur Sauertrautthändlern bekannt waren. / Am vorderen Motor war das Weichmetall eines Lagers ausgelaufen und in der Nähe von Stuttgart mit der weltberühmten Daimlerschen Motorenfabrik war nach die beste Möglichkeit, den Schaden zu bessern, der eventuell für den Rest der Fahrt doch hätte gefährlich werden können. Nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr verfinsterte sich plötzlich der Himmel, heftige Windstöße trafen auf, denen im Stuttgarter Tal ein regelrechter Wirbelwind folgte. „Wenn da nur Zeppelin keinen Schaden erleidet!“ Dieser Gedanke wird da manchen erfüllt haben. Und leider ereignete sich etwas sehr Schlimmes. / Um 2 Uhr 50 Minuten explodierte das prächtige Luftschiff infolge einer

Der Verlust des Luftschiffes läßt sich ersehen. In ganz Deutschland regt es sich, man veranstaltet Sammlungen, um dem kühnen und unermüdeten Entdecker die Mittel zu einem neuen Fahrzeug zur Verfügung zu stellen. Viele Wohlhabende haben schon große Summen gezehnet; auch von einer Anzahl Stadtverwaltungen sind bedeutende Beträge bewilligt worden. Also außer den vom Reiche zu leistenden Beträgen sind genügende Mittel vorhanden, um Zeppelin den Bau weiterer Luftschiffe zu ermöglichen. Es bedarf also nicht erst der Arbeitergroßen dazu. Die Unternehmer und die übrigen Nutznießer von dem Fleiß der Arbeiter sind sehr wohl imstande, etwas von dem Mehrwert herzugeben, den sie aus der Arbeit ziehen. Freilich greift mancher von ihnen nur darum in den Beutel, weil er hofft, daß Zeppelins Luftschiffe in erster Linie als Kriegsfahrzeuge dienen können, daß sie gebraucht werden können, um den Massenmord in Zukunft noch gräßlicher auszugestalten. Wir aber sehen in dem Werke Zeppelins den Sieg des Menschengeistes über die Natur auf einem Gebiete, wo sie ihm den Sieg bisher noch immer streitig gemacht hat. Wir Sozialdemokraten wissen ferner, daß auch die Barbarei des Militarismus einst überwunden wird durch den Sozialismus. Dann wird Zeppelins Luftschiff ausschließlich Kulturzwecken dienen. Wir sind ferner überzeugt, daß die Fortschritte in der Luftschiffahrt sehr wohl mit helfen können, den Militarismus zu überwinden, indem er schließlich doch wohl einmal an seiner eigenen Gräßlichkeit zugrunde gehen muß. Zum Schluß wollen wir noch kurz darauf hinweisen, daß wir Metallarbeiter ein besonderes Interesse an den Fortschritten Zeppelins haben. Man bedenke, daß diese nicht möglich gewesen wären, wenn es nicht gelungen wäre, Motore zu bauen, die leicht genug und dabei doch kräftig genug sind, daß sie in solchen Luftschiffen verwendet werden können. Also auch wir wollen wünschen, daß Zeppelin und seine getreuen Helfer nicht erlahmen mögen. Zeppelin IV ist dahin, es lebe Zeppelin V!

Gewerkschaftliches.

Die Erfolge der Gewerkschaften im Jahre 1907. Die Statistik der Generalkommission über die Lohnbewegungen, die Streiks und die Ausperrungen im vorigen Jahre ist erfreulichweise ein Vierteljahr früher herausgekommen, als die vom Jahre zuvor. Während die letztgenannte erst der Nr. 43 des Korrespondenzblattes vom Jahre 1907 beigelegt werden konnte, konnte die Statistik über das vorige Jahr bereits der am 18. Juli erschienenen Nr. 29 angefügt werden. Besonders erwähnenswert sind die Bemerkungen, womit Genosse Brunner, der Statistiker der Generalkommission, die diesjährige Statistik einleitet. Es heißt da: „Aus den Verästelungen verschiedenster Gewerkschaftsblätter über die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe einzelner gewerkschaftlicher Organisationen im Jahre 1907 war schon zu erkennen, daß die wirtschaftliche und industrielle Krise im verflochtenen Jahre die Nachstellung der Gewerkschaften, die Kampfeslust und Kampfmöglichkeit derselben nicht wesentlich zu beeinträchtigen vermochte. Klarer und deutlicher aber als in den Einzelberichten kommt diese Tatsache in der vorliegenden Statistik zum Ausdruck. Zwar schreibt die Arbeitgeberzeitung in ihrer Nr. 25 vom 21. Juni am Schluß einer auszugewiesenen Mitteilung der vorläufigen Ergebnisse der amtlichen Streikstatistik für das Jahr 1907: „Man sieht hieraus klar die Verschärfungen, die infolge der für die Arbeiter ungünstiger gewordenen Verhältnisse auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung stattgefunden haben: Der Erfolg der Ausstände ist gesunken, der der Ausperrungen erheblich gestiegen.“ Die Arbeitgeberzeitung mag es sich leisten, Schlussfolgerungen an Zahlen zu knüpfen, die ebenso unrichtig, wie die ihrer Betrachtung zugrunde liegenden Zahlen unzuverlässig und nichtig sind. Die amtliche Streikstatistik ist — das haben wir bereits zum tausendsten Male nachgewiesen — für die Beurteilung des Wesens der wirtschaftlichen Kämpfe insbesondere aber der gewerkschaftlichen Erfolge durchaus nicht maßgebend. Streiks und Ausperrungen sind nicht in sich abgeschlossene Erscheinungen im Wirtschaftsleben, an deren Zahl, Umfang und Resultat der Entwicklungsstand der Wo-

Wöchentliche Arbeitszeitveränderung in Stunden	Für beteiligte Personen			Wöchentliche Arbeitszeitveränderung in Stunden	Für beteiligte Personen		
	1905	1906	1907		1905	1906	1907
bis 1	11 601	42 064	27 489	11	—	—	13
über 1 bis 2	20 092	29 259	16 332	12	1377	2558	1791
= 2 = 3	72 360	129 596	115 999	14	30	120	14
= 3 = 4	7 111	21 307	21 989	15	2792	304	267
= 4 = 5	4 865	14 980	9 253	18	6	713	666
= 5 = 6	36 922	74 648	36 707	24	55	350	1626
= 6 = 7	2 555	4 351	1 941	27	—	—	54
= 7 = 8	674	901	1 030	28	280	613	—
= 8 = 9	8 008	1 531	1 692	30	—	111	71
= 9 = 10	286	119	76	36	14	—	—

Die erkrankte Lohnerhöhung betrug im Jahre 1906 im Durchschnitt für jeden Beteiligten 2,07 M. in der Woche und 1906 nur 1,87 M., während sie 1907 wieder 1,93 M. betrug. Lohnerhöhungen von mehr als 6 M. wöchentlich wurden 1907 für 2229 Personen erreicht gegen 805 im Jahre 1906 und 698 im Jahre 1905.

Wöchentliche Lohnerhöhung	Für beteiligte Personen		
	1905	1906	1907
bis 0,50	9324	19 032	13 209
über 0,50 bis 1	42 788	68 716	86 761
= 1 = 1,50	88 170	214 246	120 880
= 1,50 = 2	91 351	150 980	91 019
= 2 = 2,50	40 011	56 301	42 616
= 2,50 = 3	84 172	63 609	64 637
= 3 = 3,50	5 647	15 743	5 547
= 3,50 = 4	9 218	18 087	11 123
= 4 = 4,50	5 322	5 724	7 512
= 4,50 = 5	8 032	6 593	5 908
= 5 = 5,50	2 113	10 482	7 393
= 5,50 = 6	1 664	3 685	3 903
= 6 = 6,50	47	294	889
= 6,50 = 7	335	20	127
= 7 = 7,50	18	30	582
= 7,50 = 8	210	87	83
= 8 = 9	27	184	124
= 9 = 10	3	71	269
= 10 = 11	3	—	5
= 11 = 12	45	21	204
= 12 = 13	10	—	—
= 13 = 17	—	88	6

Sind auch die Lohnerhöhungen im Jahre 1907 nicht in dem Umfang erreicht worden wie 1906, so ist das Erzeugnis doch durchaus nicht zu unterschätzen. Schon die Tatsache, daß in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges es den Gewerkschaften möglich ist, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen in solchem Umfang durchzusetzen, und zwar zum größten Teil ohne Streik, be-

weil, welche Macht den gewerkschaftlichen Organisationen inne...

Nach dem reichhaltigen Tabellenmaterial machen wir nur noch folgende Angaben über die Erfolge der Lohnbewegungen in den Jahren 1905 bis 1907:

Table with 3 columns: Year (1905, 1906, 1907) and rows for 'Angriffsbewegungen' and 'Abwehrbewegungen' with sub-rows for 'Zahl der Bewegungen', 'Beteiligte', etc.

Table titled 'Mitgliederbewegung der Organisationen in der Metallindustrie' with columns for year and organization name, including 'Deutscher Metallarbeiter-Verband'.

Wohlfahrt und grober Unfug.

Die Frage, ob Sozialdemokraten vor einem von ihnen boykottierten Lokal auf- und abgehen dürfen, ohne dadurch groben Unfug zu begehen...

Wie der Senat in mehreren Entscheidungen (Vergl. Urteil vom 23. 11. 07; 22. 2. 08; 2. 5. 08 und Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. 31, S. 193, Bd. 32, S. 100 ff.) ausgeführt hat...

oder der Gefahr ausgelegt haben sollte, vorerst zu werden. Der Urteil nach außerdem das angefochtene Urteil auf einer Verletzung des § 360, Nr. 11 des Strafgesetzbuches...

„Gründungsgründe.“

Wie die Magdeburger Volkstimme (H. August) berichtet, ist von der dortigen Verwaltung die Deutsche Metallarbeiter-Vereinigung auf allgemeinen Wunsch der Mitglieder die Einrichtung getroffen worden...

Diese Stichproben dürften hinreichen, um zu zeigen, was Gutes die Mitglieder der Verbände sind. Keine Spur einer Ueberzeugung, von grundsätzlichen Anschauungen, nur der unerbittliche Krieg zur Erreichung materieller Vorteile führt diese Leute in die Wertvereine!

Ein gelber Musternabe.

In Groß-Otterleben bei Magdeburg geriet während der Nacht zum 2. Mai in einer Wirtschaft der Schlosser Paul Köhnert mit dem Arbeiter Andreas Willwoldt in polizeiliche Streiterei. Die Folge war, daß der letztgenannte gegen Köhnert Strafantrag wegen gefährlicher Mißhandlung stellte.

Keine „Brandreden“ in Göttrów.

Das will der dortige Polizeiwachmeister Schönfeld nicht leiden. Anlässlich des bereits seit mehreren Wochen dauernden Streiks der Arbeiter des dortigen Stahlwerkes war zum 1. August eine öffentliche Versammlung einberufen worden...

Schwerer Gerichtlicher.

Ein ungezogenes Tarif. Die jünger noch nicht präzis abgefaßten Tarifen zu arbeiten ist, zeigte eine Klage von zwei Kupferstempelherren gegen die Firma H. & S., über die am 2. Juli vor dem Gewerbegericht in Magdeburg verhandelt wurde.

ausgeben. Es wurde aber ein privates Urteil geschickt. Das Gericht entschied, daß von einem eigentlichen Verstoß gegen den Paragraphen des Strafgesetzbuches keine Rede sein könne...

Ein Tarif „gegen die guten Sitten“. Zwischen den organisierten Chemigraphen und dem organisierten Inhabern der Chemigraphischen Fabrik besteht über ganz Deutschland ein Vertrag. Darin ist ein Paragraph enthalten, wonach bei organisierten Unternehmern nur organisierte Gelehrten beschäftigt werden dürfen.

Literarisches.

Otto Seebaldt: Dresdener Vaterländischer. Erstes Heft. — Bei der Besprechung dieses schätzenswerten Wertes in der vorigen Nummer der Metallarbeiter-Zeitung (Seite 258) ist leider aus Versehen die Angabe des Verlags unterblieben. Wir wollen nicht unterlassen, dies nachzuholen.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgeht.) Samstag, 15. August: Städt. Zwölf Apostel, 8 Uhr. Sonntag, 16. August: Deutscher Arbeiter-Verband, 10 Uhr. Montag, 17. August: Arbeiter-Verband, 8 Uhr. Dienstag, 18. August: Arbeiter-Verband, 8 Uhr. Mittwoch, 19. August: Arbeiter-Verband, 8 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

- Berlin. Vertrauensleutekonferenzen. Donnerstag, 20. August in folgenden Lokalen: Bauamtskeller bei Hummel, Sophienstr. 5, halb 9 Uhr. Gärtnerei im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, 6 Uhr. Drahtarbeiter bei Bieberstein, Walderstr. 61, halb 9 Uhr. Dreher im Hofentwiler Hof, Hofentwiler 11/12, 7 Uhr. Elektroindustrie bei Ribis, Spinnerei 26, halb 9 Uhr. Fleischer bei Schmidt, Gertrudenstr. 76, halb 9 Uhr. Gravenure im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45, halb 9 Uhr. Mechaniker, Uhrmacher: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, halb 9 Uhr. Schlosser bei Franke, Sebastianstr. 39, halb 9 Uhr. Kupferer: Seidelstr. 20, halb 9 Uhr. Kompten: im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, halb 9 Uhr. Metzgermacher: im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, halb 9 Uhr. Mulda. Die juristischen Kollegen werden ersucht, wegen weiterer Information beim Herrn Karl Ernst, Kronenstr. 2, zu melden. München. (Zugang) Die Wertsche des 20. August ist im Hochbrückenstr. 20, 3. Mißlingen über die Brandverhältnisse erstattet nur dieser. Suhr (Sühr). Reifgeld nur von 2 bis 4 Uhr im Lokal Dombbergs anst. Gestorben. Dortmund. Heinrich Nordhaus, Heisingstr. 27, 3. Schmidt, Neumünsterstr. 1. Friedrich Jöllner, Dreher, 20 Jahre, Verblutung.

Privat-Anzeigen.

Ein Maschinenbauer auf Altona... Druck und Verlag von Alexander Schicke & Co., Buchdrucker und Verleger, Stuttgart, Kisteplatz 16 B.